



## *Sockelrente*

**stoppt Altersarmut!**

**Alterssicherung**



## Tuch

Elegantes Tuch im Streifen-Design mit eingewebtem Logo. 80 x 80 cm, hochwertiger Twill-Polyester.

Art.Nr. T10

€ 10,00 (Staffelpreise)

## Krawatte

Elegante silbergraue Krawatte mit eingewebtem Logo. Länge 146 cm, Breite 9 cm.

Art.Nr. 701009

€ 10,00 (Staffelpreise)

## KAB-Clip

Schmuckstück mit Logo, edler Blickfang für Tuch, Krawatte oder am Revers. Hoch-tief/silber-matt-polier, 55 mm.

Art.Nr. N10

€ 5,00 (Staffelpreise)

## Schirm

Automatik-Stockschirm, anthrazit-grau mit KAB-Logo. Griff: Echtholz, schwarz. Gestell: schwarz. Bespannung: Nylon.

Art.Nr. 701061

€ 15,50 (Staffelpreise)

## Schlüsselbänder

Silbergrau mit KAB-Logo und Schriftzug „Gutes Leben für alle“. Hochwertiges, langlebiges Material.

Art.Nr. 701014

1 Pack = 10 Stück

€ 22,00 (Staffelpreise)

# GEMEINSCHAFT ZEIGEN

# VORWORT



Matthias Rabbe

**L**iebe Leserinnen und Leser, den neuen KAB-Impuls, den Sie jetzt in Ihrer Hand halten, haben sich viele Frauen und Männer in der KAB gewünscht. Im neuen Magazin-Format erscheint Impuls viermal im Jahr jeweils mit einem Schwerpunkt-Thema. Wir starten mit einem Kernthema der KAB, der armutsfesten Alterssicherung. Seit Jahrzehnten erleben wir, wie radikal sich die Arbeitswelt verändert und immer mehr Menschen im Alter auf der Strecke bleiben: die Rente nicht zum Leben reicht. In der gegenwärtigen Diskussion der Parteien um Grundrente und Mindestrente wirbt die KAB gemeinsam mit weiteren katholischen Verbänden für die Sockelrente. Wie, das erfahren Sie in diesem Heft. Darüber hinaus beleuchten wir die unterschiedlichen Aktivitäten, die in den vielen Gremien und Vereinen der KAB Deutschlands durchgeführt werden.

Die Redaktion ruft deshalb die Frauen und Männer in der KAB auf, sich zu beteiligen und ihre Aktionen der Redaktion mitzuteilen. Und nicht zuletzt sind wir dankbar, wenn Sie uns Anregungen und Vorschläge zum MitgliederMagazin mitteilen.

## Ihre Redaktion

✉ [matthias.rabbe@ketteler-verlag.de](mailto:matthias.rabbe@ketteler-verlag.de)  
 🌐 [www.kab.de/service/kab-impuls](http://www.kab.de/service/kab-impuls)

# INHALT



Rente: Im Alter zu wenig

► **TITEL-THEMA** Seite 4



CETA: Solidarität mit Bauern

► **KAB BEWEGT** Seite 23



Digitalisierung und Ökologie

► **INTERNATIONALES** Seite 25

## TITEL-THEMA

Zum Leben zu wenig	4
Cappuccino für alle!	5
Cappuccino-Modell stößt auf großes Interesse	7
„Die KAB-Sockelrente ist wichtiger Diskussionsbeitrag“	8
Mit Grundrente gegen Altersarmut?	9
Bessere Renten für alle: Das Beispiel Österreich	10
Kampf für die Mütterrente	11
Rentenplus mit „Plus-Rente“	12

## KAB INFORMIERT

KAB trauert um Bernadette Branzk	13
----------------------------------	----

## INTERVIEW

„Es gibt keinen Automatismus, alles ist von Menschenhand gemacht“	14
---	----

## GUTE AKTIONEN

KABarett: Geld macht nicht glücklich – aber es beruhigt auch nicht!	16
---	----

## KAB BEWEGT

Stellungnahme zur Werbeaktion	18
EUROPA BRAUCHT DEN SONNTAG – Aktionstag 3. März	18
„Gericht erteilt Ohrfeige für NRW-Landesregierung!“	18

Gehen Sie zur Wahl! KAB zur Europawahl	19
Unmenschliche Leiharbeit einschränken	21
CAJ im Netzwerk Grundeinkommen	23
Freihandel: KAB zeigt Solidarität mit EU-Bauern	23
KAB: Keine Ausweitung der Versicherungsfreiheit	24
Geht nicht, gibt's nicht	24
Qualifizieren statt sanktionieren	26

## AUS DEN DIÖZESEN 20 – 21

## AUS DEN ORTSVEREINEN 22

## INTERNATIONALES

Digitalisierung – eine ökologische Zeitbombe?	25
---	----

## SERVICE

Recht	28
-------	----

## BUCHTIPPS 29

## LESERBRIEFE 29

## IMPRESSUM 30

## RÄTSELSPASS 31

## BESINNLICHES 32





Arbeit ist kein Garant gegen Armut. Schlecht bezahlte Jobs im Dienstleistungsbereich sorgen später für Altersarmut.  
Foto: Fotolia.com

## Zum Leben zu wenig

Wenn Arbeit nicht fürs Alter reicht

**E**in langes Arbeitsleben schützt nicht vor Altersarmut. Diese Erfahrung musste Amina Kaya (Name geändert) machen. Die heute 63-Jährige kam mit 16 Jahren aus Istanbul nach Rüsselsheim, wo sie zunächst die Berufsschule absolvierte. Danach fand sie Arbeitsstellen als Produktionshelferin in einem Kleinbetrieb, als Lagerarbeiterin in einem Versandunternehmen und als Servicekraft in der Kantine eines Autoherstellers.

Zwischenzeitlich hatte Amina Kaya einen Kollegen aus dem Autowerk geheiratet und zwei Töchter mit ihm bekommen. Nach Schließung der Werkskantine, sie war jetzt über 40, wurde sie arbeitslos. Es war fast aussichtslos, ohne weitere Qualifikationen, angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt in den 90er-Jahren, eine neue Anstellung zu finden. Da das Einkommen des Ehemanns für den Unterhalt der Familie ausreichte, ließ sich die mehrjährige Arbeitslosigkeit finanziell verkraften. Mit Minijobs trug Frau Kaya weiterhin zur Existenz der Familie bei.

Als die Ehe zerbrach, bemühte sich Amina Kaya um einen beruflichen Wiedereinstieg. Aber die mittlerweile 55-Jährige konnte trotz mehrerer Maßnahmen mit den Jüngeren nicht mithalten, zumal sich erste gesundheitliche Probleme einstellten. So blieb neben den Minijobs nur der jahrelange Bezug von Arbeitslosengeld II, bis der vorgezogene Renteneintritt möglich wurde. Immerhin hatten sich durch eigene Erwerbstätigkeit sowie die Erziehung der zwei Kinder 35 Jahre rentenrechtlicher Zeiten auf ihrem Versicherungskonto angesammelt.

### Großes Erschrecken: der Rentenbescheid

Doch als Amina Kaya den Rentenbescheid sah, war die Enttäuschung groß. Ihre Nettorente beträgt gerade einmal 450 Euro. Zu wenig zum Leben. Bei der Scheidung war aus Gründen, die sich nicht mehr nachvollziehen ließen, kein Versorgungsausgleich vorgenommen worden. So schlugen

**Hans-Peter Greiner,**  
Diözesanvorsitzender KAB Mainz  
Versichertenberater  
deutsche Rentenversicherung Bund



bei der Rente lediglich ihre eigenen Beitragszeiten zu Buche. Das würde nach den gesetzlichen Vorgaben zwar zum Lebensunterhalt ausreichen, ihre Miete könnten sie allerdings nicht bezahlen. Also bleibt nur der Antrag auf ergänzende Grundsicherung im Alter beim zuständigen Sozialamt. Trotz Rechtsanspruch ist das für sie nach einem Leben in Arbeit und Sorge um die Familie ein Betteln um „staatliche Almosen“.

### Amina Kaya ist kein Einzelschicksal

Als Versichertenberater endet meine Zuständigkeit hier. Doch Amina Kaya ist kein Einzelschicksal. Geholfen hätten ihr eine berufliche Ausbildung, gut bezahlte und versicherungspflichtige Arbeit, berufliche Weiterqualifizierung, umfängliche Anerkennung der Erziehungsleistung, gute Beratung bei der Scheidung hinsichtlich der Folgen für die Rente, eigenständige Alterssicherung für Frauen, Gesundheitsvorsorge und eine Sockelrente, wie es das KAB-Cappuccino-Modell vorsieht. Und hier beginnt für mich als KAB-Mitglied und KAB-Diözesanvorsitzender im Bistum Mainz der politische Einsatz für eine gerechte und armutssichere Altersvorsorge.

**Hans-Peter Greiner**

### Das Rentenbündnis

Die katholischen Verbände, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Familienbund der Katholiken (FDK), das Kolpingwerk Deutschland und die Katholische Landvolkbewegung Deutschland (KLB) haben ein eigenes Modell zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung entwickelt.

Seit vielen Jahrzehnten setzt sich das Bündnis für eine politische Umsetzung der Sockelrente ein und wirbt bundesweit in vielen Veranstaltungen für das Konzept gegen Altersarmut.

 [www.buendnis-sockelrente.de](http://www.buendnis-sockelrente.de)

# Cappuccino

## für alle!

### Die drei Stufen des Rentenmodells

von Lucia Schneiders-Adams

Mit dem Rentenmodell der katholischen Verbände, auch Cappuccino-Modell genannt, wollen wir folgende Ziele erreichen:

- das umlagefinanzierte, solidarische und leistungsbezogene System der gesetzlichen Rentenversicherung stärken,
- Altersarmut verhindern und die Existenzsicherung für alle durch den Aufbau einer Sockelrente erreichen,
- eine eigenständige Alterssicherung für Frauen und Männer verwirklichen,
- Erziehungs- und Pflegeleistungen besser anerkennen,
- alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen,
- eine ergänzende betriebliche Altersvorsorge als Regelfall für alle Erwerbstätigen ausbauen.



### Sockelrente

Die Sockelrente ist eine solidarische Bürgerversicherung für alle Einwohner/-innen, die in Deutschland leben und steuerpflichtig sind und garantiert eine Mindestsicherung unabhängig von der Erwerbsbiografie.

Die Höhe der Sockelrente beträgt für alle im Rentenalter und bei Erwerbsminderung mindestens 467 Euro monatlich brutto ohne Kosten für das Wohnen.

Sie wird finanziert aus Beiträgen auf die Summe aller positiven Einkünfte und Steuermittel oder allein aus Steuermitteln.



### Erwerbstätigenversicherung



In der Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen werden die wesentlichen Elemente und Prinzipien der gesetzlichen Rentenversicherung beibehalten.





Bei durchschnittlichem Verdienst beträgt die Rentenhöhe (Erwerbstätigenversicherung plus Sockelrente) nach 40 Beitragsjahren 1.289 Euro monatlich brutto.

Die Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen wird paritätisch aus Beiträgen von Arbeitnehmer/-innen und Arbeitgeber/-innen finanziert.



### Betriebliche und private Vorsorge

Die betriebliche Altersvorsorge muss ausgebaut und zum Regelfall für alle Erwerbstätigen werden. Die private, kapitalgedeckte Altersvorsorge bleibt eine freiwillige Zusatzversorgung und sollte vollständig in Eigenverantwortung liegen.



## Altersarmut: Das Risiko steigt

Wer dauerhaft weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat, gilt als arm. Laut einer Studie könnten so viele der dann 67-Jährigen davon betroffen sein (in Prozent):



## KAB-Würzburg zeigt Politik Rentenprobleme auf

Die KAB der Diözese Würzburg lädt immer wieder Bundes- und Landtagsabgeordnete zum Austausch über sozialpolitische Themen ein, bei denen das KAB-Rentenmodell ein Schwerpunktthema bildet. Vor der Bundestagswahl und der Landtagswahl (Bayern) fanden dazu sehr gut besuchte Podiumsdiskussionen mit den potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten statt. Im Jahr 2018 gab es Termine mit den Bundestagsabgeordneten Paul Lehrieder, Alexander Hofmann (beide CSU) und Bernd Rützel (SPD).



Rentenexperten und Vorstandsmitglieder der KAB Würzburg diskutierten mit dem CSU-Politiker Paul Lehrieder (3. v. r.) über die Sockelrente.

Den Mandatsträgern sind die Probleme bei der Rente bekannt, allerdings basieren deren Lösungsansätze fast ausschließlich auf einer Optimierung der aktuellen Rentenversicherung. Daher wird der viel weitergehende Ansatz der Sockelrente unter den Abgeordneten intensiv diskutiert. Besonders nachdenklich werden die Politiker, wenn die KAB anhand von realen oder in die Zukunft berechneten Beispielen aufzeigt, dass Rentner besonders aus dem Niedriglohnsektor (bis 12,50 Euro/Stunde) selbst nach 40 Jahren Vollzeitarbeit nur eine

Rente unter der Grundsicherung von ca. 800 Euro/Monat erreichen. Es zeigt sich dann, dass das KAB-Modell dieses Dilemma auflösen könnte und auch einen sehr guten Ansatz für zukünftige Herausforderungen wie Digitalisierung, unterbrochene Erwerbsbiografien und niedrige Löhne bietet. Wir haben das Ziel, möglichst vielen Politikern unser Modell nahezubringen, um es in ihre Arbeit mit einzubeziehen. Deshalb werden wir auch 2019 in der Politik für das KAB-Rentenmodell werben.

Robert Reisert, KAB Würzburg

# Cappuccino-Modell stößt auf großes Interesse

Gleich bei zwei wichtigen Kommissionen ist das Rentenmodell der katholischen Verbände auf Interesse gestoßen. In der Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz gab es einen intensiven Austausch über die Zukunft der Rente in Deutschland. Der Vorsitzende der Kommission, der Essener Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, hatte dafür Vertreterinnen und Vertreter des Rentenbündnisses zum Austausch eingeladen.

Das sogenannte Cappuccino-Modell wurde dabei intensiv von den anwesenden Bischöfen und ihren Beraterinnen und Beratern diskutiert. Herrschte bisher von Seiten der Bischöfe eher eine große Skepsis, die Rentenversicherung so radikal weiterzuentwickeln. Im Gespräch wurden die Vorstellungen der Verbände als wichtiger Impuls für die gesellschaftliche Debatte um eine verlässliche Alterssicherung

angesehen. „Wir müssen in der Rentenfrage weiter im Gespräch bleiben“, machte Bischof Overbeck deutlich.

## Kommission lässt sich Sockelrente erklären

Interesse an dem Modell der Sockelrente zeigten auch Mitglieder der Rentenkommission „Gerechter Generationenvertrag“ im Rahmen einer Veranstaltung in Berlin.

Vertreterinnen und Vertreter vom Bündnis Sockelrente stellten auf Einladung der Vorsitzenden der Rentenkommission das Modell der katholischen Verbände vor. Mit großem Interesse und gezielten Rückfragen wurde das Cappuccino-Modell beleuchtet. Finanzierung, rechtliche Durchsetzbarkeit, zeitliche Realisierung, Demografiefestigkeit und Möglichkeiten der grundsätzlichen Armutsvermeidung wurden intensiv diskutiert. KAB-Bundesvorsitzender

Andreas Luttmer-Bensmann, der mit Vertretern von Kolping, Familienbund, Katholischer Frauengemeinschaft und der Katholischen Landvolkbewegung, das Sockelrenten-Modell den Kommissionsvertretern vorstellte, drückte seine Hoffnung aus, dass die solidarischen Elemente des Cappuccino-Modells bei den Kommissionsvertretern Beachtung finden.

Das Treffen, das im Rahmen einer Kommissionssitzung in Berlin stattfand, werteten alle Beteiligten als wichtigen und intensiven Austausch. „Unterm Strich waren die Gespräche sehr gut und zeigten, dass ein großes Interesse an unserem Rentenmodell der katholischen Verbände besteht“, sagte Dr. Heide Mertens von der kfd. Beide Seiten verabredeten sich, auch weiter bei anderen Gelegenheiten im Austausch zu bleiben.

Die Rentenkommission erarbeitet Vorschläge für die mittel- und langfristige Sicherung der Altersvorsorgesysteme. Den Vorsitz haben die SPD-Politikerin Gabriele Lösekrug-Möller und der CDU-Politiker Karl Schiewerling.

DGB-Vize Annelie Buntenbach,  
Andreas Luttmer-Bensmann (KAB),  
Stephan Stracke (CSU),  
Nicole Podlinski (KLB),  
Ulrich Vollmer (Kolping),  
Gabriele Lösekrug-Möller  
(Vorsitzende Rentenkommission SPD),  
Lucia Schneiders-Adams (KAB),  
Dr. Heide Mertens (kfd),  
Hermann Gröhe (CDU),  
Oskar Obarowski (Kolping),  
Ulrich Hoffmann (Familienbund),  
Matthias Dantlgraber (Familienbund),  
Karl Schiewerling (Vorsitzender  
Rentenkommission CDU).  
Foto: Ingo Schäfer, DGB



# „KAB-Sockelrente ist wichtiger Diskussionsbeitrag“

Staatssekretär Dr. Rolf Schmachtenberg zur Zukunft der Rente

Arbeitsminister Hubertus Heil hat eine Rentenkommission eingesetzt, um die Alterssicherung stabil und armutsfest zu gestalten. Dr. Rolf Schmachtenberg, Staatssekretär im Arbeitsministerium, stand Impuls Rede und Antwort.

**KAB-Impuls: Welchen Herausforderungen sieht sich die gesetzliche Rentenversicherung derzeit und in Zukunft ausgesetzt und welche Aufgabe hat die Rentenkommission?**

**DR. ROLF SCHMACHTENBERG:** Eine auskömmliche Absicherung im Alter ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaats. Dieses Kernversprechen haben wir in der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2019 mit dem Rentenpakt für alle Generationen erneuert.

Aber auch langfristig gilt: Eine sichere Rente muss dieser Gesellschaft etwas wert sein! Deshalb dürfen wir uns auf dem Rentenpakt nicht ausruhen. Die Lasten des demografischen Wandels müssen auf alle Schultern verteilt und dürfen nicht nur den zukünftigen Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern aufgebürdet werden. In dieser Legislaturperiode wollen wir mit der Einführung der Grundrente langjährig Versicherte mit niedrigem Einkommen besserstellen. Außerdem wollen wir den Selbstständigen Chancen auf eine auskömmliche Alterssicherung eröffnen.

Die Rentenkommission wird sich also mit den Sicherungslinien für Beitragssatz und Rentenniveau befassen, aber auch mit dieser Frage.

**Impuls: Auch mit der Digitalisierung verspricht die Politik weiterhin Arbeit für alle. Aber für immer mehr Menschen reicht die Arbeit nicht zum Leben, geschweige denn für eine existenzsichernde Altersvorsorge. Wie können Beschäftigte der Plattform-Ökonomie in die gesetzliche Rentenversicherung eingebunden werden?**

**SCHMACHTENBERG:** Die Arbeitswelt verändert sich: Outsourcing, Digitalisierung, Vermittlung von Arbeit durch Internetplattformen. Im Zuge dieser Prozesse hat selbstständige Erwerbstätigkeit an Bedeutung gewonnen. Spätestens bei Erreichen des Rentenalters können solche Beschäftigungsverhältnisse zu großen Lücken bei der



Staatssekretär  
Dr. Rolf Schmachtenberg

Absicherung führen. Daher ist es nötig, die soziale Schutzbedürftigkeit selbstständig Tätiger anders zu bewerten als bisher. Im Koalitionsvertrag wurde aus diesem Grund die Einführung einer Altersvorsorgepflicht für Selbstständige vereinbart.

**Impuls: Die Wirtschaft fordert zunehmend mehr Flexibilität. Das Ergebnis sind unterbrochene Erwerbsbiografien. Kann eine weitere Säule in der Rentenversicherung, wie sie die KAB mit der Sockelrente vorschlägt, die Altersarmut in Zukunft beseitigen helfen?**

**SCHMACHTENBERG:** Das Rentenmodell der KAB ist insbesondere darauf angelegt, Personen mit geringem Einkommen sowie lückenhaften Erwerbsbiografien zu begünstigen. Es leistet für die laufenden und künftigen Reformdiskussionen in der Alterssicherung einen wichtigen Beitrag. Es gibt allerdings nicht auf alle Fragen zufriedenstellende Antworten. In einem Gespräch der Rentenkommission und der KAB im Januar wurde dies deutlich: Wie könnte eine solche Systemumstellung praktisch bewerkstelligt und wie finanziert werden? In dem Zusammenhang möchte ich auf den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag zum Entwurf der Grundrente hinweisen. Hierzu wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Kürze einen Vorschlag unterbreiten (siehe nebenstehenden Beitrag, d. Redaktion).

**Impuls: Muss vor dem Hintergrund instabiler Finanzmärkte**



Altersarmut nimmt zu und wird sichtbar.  
Foto: Rabbe



auch über eine Neuregelung der betrieblichen Alterssicherung nachgedacht werden?

**SCHMACHTENBERG:** Derzeit stehen alle kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme, besonders angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase, vor erheblichen Herausforderungen. Gerade, weil die systembedingten Vor- und Nachteile von umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Vorsorge im Zeitverlauf jeweils unterschiedlich stark ausgeprägt sein können, ist eine Ergänzung und Risikomischung durch den Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersversorgung weiterhin notwendig.

**Impuls: Was macht die Regierung, um niedrigen Einkommen eine Riester-Rente zu ermöglichen?**

**SCHMACHTENBERG:** Die Riester-Förderung ist derzeit schon so konzipiert, dass gerade Geringverdiener davon profitieren. Mit gerade einmal fünf Euro Eigenanteil im Monat sind mit der staatlichen Förderung ordentliche Zusatzrenten möglich. Die Daten der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen bestätigen uns, dass die Mehrzahl der Zulagenempfänger über ein unterdurchschnittliches Einkommen verfügt. Daher haben wir die Riester-Grundzulage 2018 nochmals auf 175 Euro im Jahr erhöht. Wir werden in dieser Legislatur daran arbeiten, Riester-Produkte für alle Verbraucher attraktiver zu gestalten. Dazu prüfen wir die Einführung eines Standard-Riester-Produkts, das sich insbesondere durch niedrige Kosten hervorheben soll.



## Mit Grundrente gegen Altersarmut?

„Wer als Friseurin oder Lagerarbeiter auf Mindestlohnbasis 40 Jahre lang geschuftet hat, der kommt auf eine Rente von 514 Euro. Wohlgehemerkt für ein ganzes Leben voller Arbeit. Das finde ich respektlos und unwürdig. Ich will dafür sorgen, dass das deutlich mehr wird.“ So stellte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil nicht nur sein neues Konzept einer



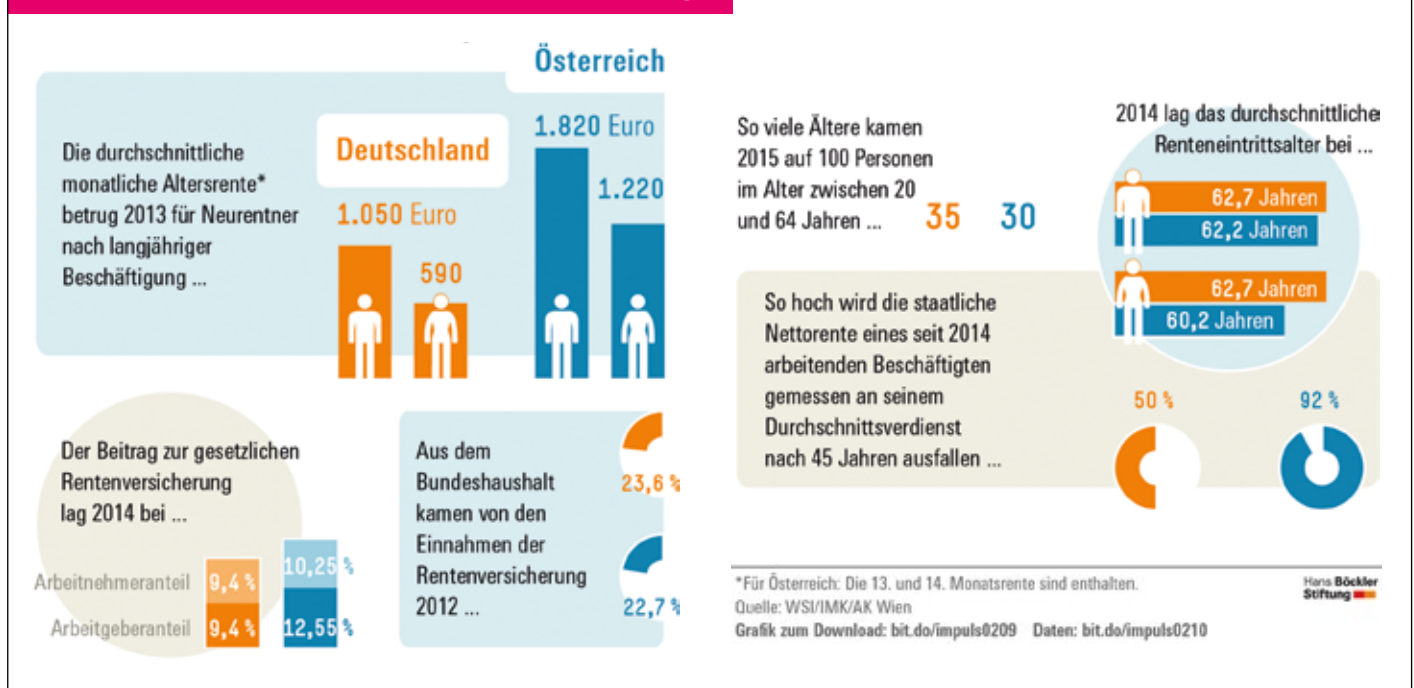
Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Foto: Rabbe

Grundrente für Geringverdiener vor, sondern eröffnete auch einen Koalitionskrach. Nach seinen Vorstellungen soll für vier Millionen ehemalige Geringverdiener die Rente um bis 447 Euro monatlich aufgestockt werden. Die jährlichen Kosten in Höhe eines mittleren einstelligen Milliardenbetrags will er über Steuermittel finanzieren.

Union und SPD hatten in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass die neue Grundrente ein Alterseinkommen zehn Prozent oberhalb des Grundsicherungsbedarfs garantieren soll. Bekommen sollen sie all jene, die 35 Jahre mit Beitragszahlung, Kindererziehung oder Pflegetätigkeit aufweisen. „Wir wollen ein differenziertes System, das am tatsächlichen Bedarf ansetzt und dann die Rente aufstockt. Das soll auch über die Rentenversicherung erfolgen. Das ist finanzierbar“, kontert Peter Weiß, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.

Unterstützung bekommt Heil von Gewerkschaften und der KAB, die darin einen richtigen Schritt gegen Altersarmut sehen. Anders als bei der Sockelrente der KAB erhalten Rentner, die weniger als 35 Jahre Versicherungszeiten haben, mit Heils Plänen keine aufstockende Grundrente. „Der Ansatz von Heils Plänen einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung ist ein richtiger Schritt, doch für viele Bedürftige kein wirksamer Schutz gegen Altersarmut“, erklärt KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmersmann.

## Österreicher im Alter besser versorgt



## Bessere Renten für alle: Das Beispiel Österreich

Das österreichische Rentensystem hat viele Ähnlichkeiten mit dem deutschen System. Die beiden Länder sind im Zeitverlauf jedoch mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Ergebnissen reformiert worden. Aktuelle Vergleiche zeigen, dass die Leistungen des österreichischen Systems deutlich generöser sind als die des deutschen. Die spezifischen Merkmale des österreichischen Systems lassen sich durch eine Gegenüberstellung mit dem deutschen klar herausstellen:

- In beiden Ländern ist die Rentenversicherung (bzw. Pensionsversicherung) eine öffentlich-rechtliche Einrichtung. Während in Österreich aber die öffentliche Rentenversicherung trotz vieler Reformen in ihrer zentralen Rolle im Alterssicherungssystem bestätigt worden ist, ist die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland in Teilen durch private Vorsorge ersetzt worden.
- Die Finanzierung erfolgt hier wie dort durch Beiträge auf das Einkommen der Versicherten, die von Beschäftigten bzw. Erwerbstätigen und Arbeitgebern getragen werden. Diese Einnahmen werden durch Bundesmittel ergänzt. In Österreich beträgt der Beitragssatz seit 1988 22,8 Prozent, wovon die Arbeitgeber mit 12,5 Prozent mehr als die Hälfte tragen. Der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt ist in Österreich als Ausfallhaftung konzipiert.
- Die Leistungen der Rentenversicherung spiegeln die vorherigen Beiträge wider. Dieser Fokus, vor allem auf Erwerbsarbeit, hat Folgen auch aus einer Geschlechterperspektive. In beiden Ländern wird die Beitragsäquivalenz durch Maßnahmen des sozialen Ausgleichs ergänzt (etwa Familienzeiten). Die Leistungen der österreichischen Rentenversicherung lassen sich mit der Formel 80/45/65 beschreiben: 80 Prozent Bruttoersatzrate (bezogen auf das durchschnittliche Lebens-einkommen) bei 45 Versicherungsjahren und Renteneintritt mit 65. Ein systematischer Vergleich der Leistungsniveaus der Rentensysteme durch die OECD zeigt, dass das österreichische Rentensystem deutlich großzügiger ist.
- Das Regelrenteneintrittsalter in Österreich liegt bei 65 Jahren. (Deutschland: Anhebung auf 67 Jahre). Das Regelrentenalter für Frauen wird schrittweise auf 65 angehoben. Ein früherer Renteneintritt ist mit Abschlägen möglich (diese liegen in Österreich höher als in Deutschland).
- Ansprüche der Versicherten und Rentenleistungen werden im Zeitverlauf angepasst. In Österreich werden die Ansprüche der Versicherten entsprechend den Löhnen angepasst, die laufenden Renten entsprechend der Inflation.

- Die Rentenversicherungen zahlen neben Altersrenten auch Leistungen bei Erwerbsminderung bzw. Invalidität und Berufsunfähigkeit sowie für Hinterbliebene.
- Die Pensionsversicherung in Österreich ist seit der Nachkriegszeit zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut worden, die auch Beamte und Selbstständige einschließt.
- Außerdem kennt das österreichische System eine Mindestleistung. Sehr niedrige Renten werden unter bestimmten Bedingungen bis zu einem „Ausgleichszulagen-Richtsatz“ oberhalb der bedarfsorientierten Mindestsicherung aufgestockt.

### Andere Rentenpolitik ist möglich

Im Vergleich der beiden Länder erweist sich die Sozialversicherung als ein flexibles Instrument, das allerdings auf verschiedene Weise eingesetzt werden kann. Österreich zeigt, dass eine andere Rentenpolitik möglich ist, ohne ein grundlegend anderes System aufzubauen. Ein Vergleich der ökonomischen Rahmendaten zeigt zudem, dass die österreichische Wirtschaft nicht unter den höheren Beitragssätzen gelitten hat.

**Dr. Florian Blank,**  
WSI der Hans-Böckler-Stiftung

**Dr. Florian Blank** ist Leiter des Referats Sozialpolitik des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI).



➔ **Quellen:** Blank, Florian/Logeay, Camille/Türk, Erik/Wöss, Josef/Zwicker, Rudolf (2016): Alterssicherung in Deutschland und Österreich: Vom Nachbarn lernen? WSI-Report Nr. 27, 1/2016. [www.wsi.de](http://www.wsi.de) → Veröffentlichungen → WSI-Report; OECD (2017): Pensions at a Glance 2017. OECD and G20 indicators, Paris (OECD).

## Kampf für die Mütterrente

1978 entfaltete ein Antrag der KAB im Bistum Regensburg langfristige Wirkung. Der Diözesanverband forderte die „Rente für Mütter“. Der Bundesverband entwickelt eine bundesweite Aktion. Am Ende konnten gut eine Millionen Unterschriften an die damalige Bundesregierung übergeben werden. 1984 wurde die Anerkennung der Erziehungszeiten endlich gesetzlich verankert. Das Bohren dicker Bretter hatte sich gelohnt. Unter dem Schlagwort „Babyjahr“ wurde im Jahr 1986 das Hinterbliebenen- und Erziehungszeitengesetz eingeführt. Müttern und Vätern ab dem Geburtsjahrgang 1921 wurde für die Erziehung eines Kindes ein Versicherungsjahr anerkannt. Die Kindererziehungszeiten wurden erstmals bei Versicherungsfällen berücksichtigt, die nach dem 30. Dezember 1985 eintraten.

Zum 1. Juli 2014 beschlossen Union und SPD die bestehende Ungleichverteilung abzumildern und die Lebensleistung von Erziehenden mit vor 1992 geborenen Kindern zu würdigen. Den Müttern oder Vätern werden seitdem für ihre vor 1992 geborenen Kinder pro Kind zwei Jahre



Kindererziehungszeiten – statt bisher einem Jahr – angerechnet.

Mit dem 1. Januar dieses Jahres hat die Große Koalition erneut auf den Druck der Öffentlichkeit reagiert und die Mütterrente ausgeweitet. Kindererziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, werden seit dem 1. Januar stärker berücksichtigt. So erhalten die Frauen im Osten pro Kind monatlich 15,35 Euro brutto mehr, im Westen sind es 16,02 Euro. „Das Paket bietet mehr Gerechtigkeit für Millionen von Müttern. Ohne die Erziehungsleistung von Millionen Frauen wäre der Wohlstand von heute nicht denkbar“, meint der Vorsitzende der Rentenkommission und CDU-Politiker Karl Schiewerling. Die KAB sieht in der Ausweitung einen wichtigen Schritt in die richtige Rich-

tung. Aber: „Wir hätten es natürlich gern gesehen, wenn alle Mütter für jedes Kind drei Entgeltpunkte bekommen würden“, erklärt Lucia Schneiders-Adams, KAB-Rentenexpertin. Denn die drohende Altersarmut kann mit diesem Schritt für diese Mütter nicht abgewendet werden.

Anzeige

### Traumhafte Tage im bayerischen Wald mit Ihrer Reisegruppe



- ein Haus mit besonders hohem Freizeitwert
- gemütliche Komfortzimmer
- Wahlmenüs m. regionalen Produkten, Salatbuffet
- Frühstücksbuffet m. hausgem. Köstlichkeiten
- neue großzügige Bäderlandschaft mit Saunen und Ruheoasen zum Wohlfühlen
- Massage & Kosmetiksalon
- Historischer Weinkeller mit einem Rittermahl- der Höhepunkt Ihrer Reise
- 2 Kegelbahnen, Tanzbar
- Zentrale Lage für Ausflugsfahrten nach Passau, Österreich oder in den Böhmerwald usw.
- **BUCHEN SIE RECHTZEITIG FÜR 2020**

7 Tage ab  
329,- €  
HP/p. P.

**ROMANTIK POSTHOTEL**  
Fam. Dafinger · 94133 Röhrbach · Marktplatz 1  
Tel. + 49 (0) 85 82 - 80 88

[www.romantik-posthotel.de](http://www.romantik-posthotel.de)





## Rentenplus mit „Plus-Rente“

CDA will neuen Rentenbaustein / AKK fordert Grundrente

**B**edürftige Seniorinnen und Senioren mit kleiner Rente sollen nach dem Willen des CDU-Arbeitnehmerflügels künftig eine „Plus-Rente“ bekommen. Empfänger von Grundsicherung im Alter bekämen dann einen Aufschlag in Höhe von 25 Prozent ihrer Rentenansprüche von der gesetzlichen Rentenversicherung ausbezahlt, so der Antragstext der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) an den CDU-Bundesparteitag. Die CDU-Delegierten verwiesen den CDA-Antrag an den Fachausschuss „Soziale Sicherung und Arbeitswelt“. Bei der Plus-Rente gehe es nicht, wie CDA-Bundesvorsitzender Karl-Josef Laumann betonte, um die Aufstockung der Rente eines Ehemannes einer reichen Frau.“ Bereits heute gilt, wer ein Gesamteinkommen von weniger als 850 Euro im Monat hat, kann prüfen, ob er Anspruch auf Grundsicherung hat. Die Höhe der Grundsicherung ist dabei allerdings abhängig vom Preisniveau des Wohnorts.

Beim CDA-Vorschlag eines 25-Prozent-Aufschlags soll beispielsweise jemand, der 700 Euro Rente bekommt, weiterhin zusätzlich 150 Euro Grundsicherung erhalten. Zusätzlich kämen 175 Euro „Plus-Rente“ dazu. Was etwa ein Gesamtein-

kommen von 1025 Euro pro Monat ergibt. Damit liegt die Plus-Rente der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft 25 Euro unter der Mindestrente von 1050 Euro, die die Linke fordert. Doch bei nur 400 Euro Rente beträgt die Grundsicherung ohne weitere Einkommen etwa 450 Euro.

Die „Plus-Rente“ der CDA würde nur 100 Euro betragen und zu einem Gesamteinkommen von 950 Euro führen. Niedrige Renten würden somit stärker benachteiligt. CDA-Chef Laumann sprach sich zudem für eine verpflichtende private Vorsorge aus, damit auch Menschen mit geringen Einkommen diese nutzen.

Die neue CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer setzt dagegen auf eine Grundrente gegen Altersarmut. Zum Abschluss der CDU-Klausur in Potsdam forderte sie die Bundesregierung auf, möglichst schnell ein Konzept für eine Grundrente vorzulegen, da jetzt besonders in den ostdeutschen Ländern die Generation in Rente geht, die durch die Wende unterbrochene Erwerbsbiografien hinnehmen musste. Anfang Februar stellte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sein Grundrenten-Konzept vor. (siehe Seite 9)



# KAB trauert um Bernadette Branzk

Im Alter von nur 62 Jahren starb Anfang Februar Bernadette Branzk. Die Thüringerin war seit 2003 bis 2017 Mitglied des damaligen KAB-Bundesvorstands und hat maßgeblich beim Aufbau der KAB Deutschlands mitgearbeitet. Nach der Wiedervereinigung gestaltete Bernadette Branzk Anfang der 1990er-Jahre mit Hilfe der KAB Süddeutschlands den Wiederaufbau der Katholischen Arbeiterbewegung in den neuen Bundesländern und im Bistum Erfurt mit. Sie leitete über Jahrzehnte den Meininger KAB-Ortsverband mit und war bis zu ihrer Krankheit stellvertretende Vorsitzende im Diözesanverband Erfurt.

2007 gehörte sie zum Organisationsteam des 13. Bundesverbandstages, der in der Thüringer Landeshaupt-



stadt stattfand und vielen Menschen in guter Erinnerung bleiben wird.

## Gründete Sonntagsallianz

Gemeinsam mit Gewerkschaften und der evangelischen Kirche hatte Branzk

als Vorsitzende der KAB im Bistum Erfurt 2012 die Gründung der Thüringer „Allianz für den freien Sonntag“ vorangetrieben. Mit Erfolg, vor zwei Jahren hatte das Oberverwaltungsgericht 20 geplante Sonntagsöffnungen in Kommunen des Freistaats auf Antrag der Allianz gestoppt. Bernadette Branzk war Dipl.-Sozialpädagogin und arbeitete als Bewährungshelferin im Justizzentrum Meiningen. Die KAB verliert mit ihr eine engagierte und unermüdliche Mitstreiterin für menschenwürdige Arbeits- und Sozialrechte.

Mit ihrem Enthusiasmus hat sie alle beflügelt und zum Mittun begeistert. Sie hinterlässt eine Lücke, die nicht zu schließen sein wird, erklärt Wigbert Iseke, Diözesanvorsitzender Erfurt.

# VERBANDSKREUZFAHRT

## MS OLYMPIA • HOLLAND

Begleiten Sie uns auf einer Kreuzfahrt in die Geschichte der Niederlande und erleben Sie die Gemeinschaft der KAB, spannende Vorträge und abwechslungsreiche Ausflüge...

Genießen Sie den familiären Komfort des Kreuzfahrtschiffes MS OLYMPIA (max. 80 Pers.) und erleben Sie in legerer & freundlicher Atmosphäre große Kultur und schöne Landschaften...

Im Reisepreis sind Anreise, Rücktrittsversicherung, alle Ausflüge & Eintritte inkludiert!



HOLLAND • FLEVOLAND • FRIESLAND • IJSSELMEER



Hamburger Str. 1 • 41540 Dormagen  
E-Mail: [info@kettelerferienwerk.de](mailto:info@kettelerferienwerk.de)

☎ 02133 - 26 22 05

🌐 [www.kettelerreisen.de](http://www.kettelerreisen.de)

## **i** 25.05. - 30.05.2019 • KULTUR- & BILDUNGSREISE

- 5x Übern. auf MS OLYMPIA in Außenkabinen mit DU/WC, TV, Tel. etc.
- 5x Vollpension an Bord
- Busanreise ab/bis Rhld. & Ruhrgebiet
- Welcome-Drink, Bordprogramm
- alle Ausflüge, Führungen & Eintritte
- sachk. Reiseleitung ab/bis Rheinland
- Reiserücktrittskostenversicherung
- detaillierte Reiseunterlagen
- Sicherungsschein der Insolvenzversicherung
- 24-h-Notruf-Nummer u.v.m.

- 🚌 Reisebus ab/bis Rhld. & Ruhrgebiet
- MS OLYMPIA fährt unter Schweizer Flagge und hat 49 Außenkabinen mit DU/WC, Tel., TV. Ein Salon, Sonnendeck, Restaurant, Bar etc. machen den Aufenthalt komfortabel.

- p.P. Doppelkabine Hauptdeck **999**
- Zuschlag Oberdeck 100
- € Zuschlag Einzelkabine 200
- Ermäßigung **KAB-Mitglieder** **50**





Immer mehr Menschen sind in der Netzökonomie beschäftigt.  
Die Essener Firma Clickworker beschäftigt über 100.000 Menschen. Foto: Screenshot

## „Es gibt keinen Automatismus, alles ist von Menschenhand gemacht“

Google, Microsoft, Amazon, Facebook und Co. sind im letzten Jahrzehnt zu den weltgrößten Unternehmen gewachsen. Gleichzeitig bauen die Konzerne der Netzökonomie auch eine politische und gesellschaftliche Macht auf. Impuls-Mitarbeiter Gerhard Endres befragte den Wirtschaftswissenschaftler Prof. Wilfried Altzinger zur Macht der digitalen Konzerne und der Kunden selbst.

**Gerhard Endres:** Prof. Altzinger, warum führt die Digitalisierung zur zunehmenden Ungleichheit?

**PROF. WILFRIED ALTZINGER:** Es geht hier um die Netzwerkökonomie: Sie ist zentral für den gesamten IT-Sektor und besagt, dass es Vorteile in der Massenproduktion nicht nur in der Angebotsseite gibt. Konkret: Wie kann in der Produktion mit einer größeren Serie eine höhere Stückzahl produziert werden? Das ist das sogenannte alte Modell der industriellen Produktion. Das Neue aber ist, dass

die Nachfrageseite ähnlich reagiert. Das heißt, je mehr Teilnehmer im Netz sind, um so erträglicher und gewinnbringender ist das für die Unternehmen. Das führt insbesondere dazu, dass bei internationalen Netzen, wie Google, Amazon und Facebook, es nicht nur einen Gratiszugang gibt. Teilweise werden die Zugänge sogar noch subventioniert.

**Impuls:** Warum funktioniert das Geschäftsmodell mit den Netzen so gut?

**PROF. ALTZINGER:** Neunzig Prozent ihrer Erträge gewinnen die Unternehmen mit der Werbung. Daher kommt es rasch zu einer Monopolbildung. Facebook hat weltweit über zwei bis drei Milliarden Besucher, damit können riesige Werbeeinnahmen generiert werden. Zudem ist es mit Algorithmen möglich, dass man Werbung unterschiedlich intensiv einsetzt. Unterschiedliche Produkte können unterschiedlich beworben werden. Die Firma A bezahlt für jeden Klick mehr für ihr Produkt für die Werbung als die Firma B.



### Impuls: Steigt die Ungleichheit im Netz oder wird sie vielleicht geringer?

**PROF. ALTZINGER:** Es gibt keinen Automatismus, alles ist von Menschenhand gemacht. Sämtliche Regulierungen und alle Algorithmen, auch die Wettbewerbsbestimmungen und die Kontrolle der Wettbewerbsbehörde, ob das intensiv oder nicht so intensiv kontrolliert wird, kann vom Menschen bestimmt werden. Es können auch Konzerne aufgeteilt werden. Instagram z.B. ist von Google aufgekauft worden, dass etwa unter Wettbewerbsbedingungen hinterfragbar ist. Die getroffenen Maßnahmen hängen davon ab, was politisch gewollt ist: Monopole beschränken oder die Freiheit für die Monopole belassen. EU-Kommissarin Margret Vestager versucht, nicht unwesentlich gegen die Monopolstellung dieser Unternehmen zu arbeiten. Das ist aber eine extrem schwierige und langfristige Arbeit. Den Nachweis der Monopolstellung der Unternehmen zu erbringen ist schwierig, aber nicht prinzipiell unmöglich.

### Impuls: Hat die Politik in der EU und den EU-Staaten versagt?

**PROF. ALTZINGER:** Im Prinzip folgt die Politik immer der Entwicklung

und ist mindestens einen Schritt hinterher. Keine politische Behörde kann Eins zu Eins technologisch up to date sein, was sich in den Labors von Google, Facebook, Amazon und anderen internationalen Konzernen abspielt. Aber jetzt, wo die Probleme öffentlich sind, und breit diskutiert werden, ist die Politik schon stark in Verzug geraten. Man muss sicherlich mehr in diesen Bereich investieren, um in diesem Bereich tatsächlich wieder Wettbewerbsbedingungen herzustellen.

### Impuls: Was muss sich auf europäischer oder nationaler Ebene hinsichtlich der Arbeitsbedingungen ändern?

**PROF. ALTZINGER:** Da ist einerseits eine betriebliche Sache, andererseits natürlich die Frage der Lohnpolitik, die auf nationaler Seite abgehandelt wird und wo natürlich die Gewerkschaften eine große Bedeutung haben. Die Gewerkschaften sind innerhalb Europas hinsichtlich ihres Organisationsgrades,

der institutionellen Gegebenheiten und der Ausrichtung unterschiedlich aufgestellt.


Generell ist es so, dass beim gesamten Produktionsprozess der Faktor Kapital an Bedeutung gewonnen und der Faktor Arbeit an Bedeutung verloren hat, das betrifft natürlich insbesondere auch den IT-Sektor. Im gesamten Verhandlungsprozess hat der Faktor Arbeit sicherlich an Verhandlungsmacht verloren.



Prof. Wilfried Altzinger lehrt am WU Institut für Makroökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien.

Anzeige



**Danke**   
für Ihr  
Vertrauen und Ihre  
zahlreichen Spenden!

**Weltnotwerk** der KAB Deutschlands e.V.  
Bernhard-Letterhaus-Str. 26 • 50670 Köln  
Info@weltnotwerk.de • 0221-7722145

Spendenkonto Pax Bank Köln eG:  
DE80 3706 0193 0016 1510 25



## Geld macht nicht glücklich – aber es beruhigt auch nicht!

Lutz von Rosenberg Lipinsky in Aktion  
für die KAB. Foto: Helmut Roos

**Hamburger Kabarettist  
Lutz von Rosenberg  
Lipinsky geht mit  
dem Programm  
„GELD. MACHT. ANGST“  
auf KAB-Tour**

Die Welt ist in Aufruhr: Es gibt immer mehr Geld. Aber für immer weniger Menschen. Und, als wenn das nicht reichte, soll es nun auch noch weniger Arbeit geben – das macht Angst. Werden wir nichts mehr zu tun haben? „Geld, Macht und damit verbunden Angst bestimmen derzeit die Welt“, meint der Kabarettist Lutz von Rosenberg Lipinsky. Sein neues Programm, eng am Krefelder Beschluss der KAB Deutschlands „Arbeit.Macht.Sinn.“

angelehnt, setzt sich mit viel Sprachwitz und entlarvenden Erkenntnissen mit den ernstesten Auswirkungen der Macht des Geldes auf Gesellschaft und sogar Privatleben auseinander: „Die Neoliberalen fordern, das öffentliche Amt der Ehe müsste auch privatisiert werden“ zu einer GmbH, einer „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“, die Heirat eine „Fusion“ und eine Scheidung ein finanzieller „Crash“.



## Furcht vor Verlust von imaginärem Geld

Der Hamburger Kabarettist hat eigens das kabarettistische Bildungsprogramm „GELD.MACHT.ANGST.“ für die KAB entwickelt, in dem weniger der Kopf als vielmehr die Lachmuskeln bei den Zuschauern strapazierend zum Einsatz kommen. Seine spitzfindigen Ausflüge in die digitale Wirtschaftswelt und das veränderte Privat- und Arbeitsleben spiegeln das Dilemma unserer Gesellschaft wider. Denn: Geld macht nicht glücklich, aber es beruhigt auch nicht. Im Gegenteil, es herrscht die Angst, so sein Credo. Den „Privatisierungs-Junkies“, denen die Euro-Zei-

chen in den Augen stehen, ist nichts mehr heilig. Ähnlich wie die Kirche, wird auch an der „Börse mit imaginären Werten gehandelt“, nur die Furcht ist größer, dass das „Geld, das man zu haben geglaubt hat, plötzlich verloren ist“, so der Kabarettist, der den „Wachstums-Irrsinn“ der Wirtschaft aufs Korn nimmt. In Kooperation mit der KAB Deutschlands und den KAB-Vereinen vor Ort tourt er quer durch die Republik. Bei den Kurpfälzer Sozialtagen in Waldhof und auch in der Westmünsterlandhalle in Heiden sorgte er mit „GELD.MACHT.ANGST.“ bereits für ausverkaufte Häuser. Mittlerweile präsentieren über zehn KAB-Vereine sein Programm. Weitere Termine können bei der KAB gebucht werden.

## Allrounder unterwegs für die KAB

**Lutz von Rosenberg Lipinsky** ist am 11. Dezember 1965 in Gütersloh geboren und hat in Münster Theologie sowie deutsche Sprache und Literatur studiert, bevor er den Weg auf die Kabarett-Bühne fand. Seine ersten Schritte auf der Bühne machte er in den 1980er-Jahren mit den „Spiegelfechtern“ bis er sich für Solo-Kabarettprogramme entschied. Seitdem heimst der Vater von zwei Kindern einen Preis nach dem anderen ein. So erhielt er den Münchener Kleinkunstpreis, das Passauer Scharfrichterbeil oder die bekannte St. Ingberter Pfanne sowie Kleinkunst- und Kabarettpreise der Stadt Wolfsburg und Melsungen. Darüber hinaus betätigt sich von Rosenberg Lipinsky auch als Autor, Schauspieler, Regisseur und Produzent und hat mit seinen Soloprogrammen viele TV-Auftritte absolviert. Derzeit spielt der Kabarettist für die KAB Deutschlands „Geld.Macht.Angst.“ und tritt auf Anfrage bei KAB-Vereinen auf.

# GELD. MACHT. ANGST.



KABarett  
Lutz von Rosenberg Lipinsky



**KABarett im Angebot.** KAB-Vereine und Diözesanverbände können das einmalige KABarett-Angebot nutzen, um Themen der KAB auf humorvolle Weise in die Öffentlichkeit zu tragen. Gleichzeitig können die KAB-Veranstalter in den Veranstaltungen für eine KAB-Mitgliedschaft werben. Kontakte und Info zu den Bedingungen der Veranstaltungen können interessierte Vereine auf der Homepage der KAB ([www.kab.de](http://www.kab.de)) oder unter Telefon 02 21 / 77 22-126 erfahren.

Anzeigen



Ihr familiengeführtes Traditionshotel mit 3-Sterne Komfort im Thüringer Wald  
**ZUR GUTEN QUELLE**  
 98596 Brotterode-Trusetal · Schmalkalder Str. 27 ☎ 036840-340 · [www.hotel-quelle.de](http://www.hotel-quelle.de)  
 44 Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, Kabel-TV, WLAN kostenlos  
 Ruhige, zentr. Lage. Barrierefreier Eingang, Lift, behindertenger. Zimmer.  
 Wellness, Fitness, Saunalandschaft, Kegelbahn, Außenanlage.  
 Thüringer Küche + Gruppenräume + Gruppenermäßigung.  
 Ein guter Ausgangspunkt zu den schönen Sehenswürdigkeiten Thüringens,  
 z. B. Erfurt, Weimar, Eisenach, Schmalkalden, Gotha, Suhl, Oberhof u.s.w.  
 Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

## Seniorenrecht & barrierefrei für Gruppen & Einzelreisen Hallenbad, Sauna, Dampfbad, Infrarot, Panoramalage, Lift



Staatl. anerk. Erholungsort in Franken, 90 km Wanderw. Alle Zi. Du/WC/TV/Safe/Fön/WLAN, **Lift**, HP 46 €, EZZ 12 €, inkl. Kurtaxe, **Livemusik**, Reiseleitung, Grillen, Wellness, Kegeln, rollstförl. Zimmer. Prosp. anf. **Ideale Ausflugsmöglichkeiten.**

**Landhotel Spessartruh**, Wiesener Str. 129, 97833 Frammersbach,  
Tel. 09355-7443, Fax -7300, [www.landhotel-spessartruh.de](http://www.landhotel-spessartruh.de)





## Stellungnahme zur Werbeaktion

Im Rahmen der Werbeaktion mit der ERGO-Versicherungsgruppe zu einer Zusatzversicherung haben uns Anfragen der Mitglieder zum Datenschutz und zur Finanzierung erreicht. Daten unserer Mitglieder wurden nach den Richtlinien der KAB von einem zertifizierten Dienstleister ausschließlich nur für diese Aktion genutzt. Die ERGO-Versicherung hat keinerlei Mitgliedsdaten erhalten.

Zudem wurden die Kosten für Briefe, Porto und Dienstleistungen in voller Höhe von der ERGO übernommen. Für abgeschlossene Versicherungsverträge aus dieser Werbeaktion erhält das Gemeinnützige Sozialwerk der KAB (GSKAB) finanzielle Unterstützung für die Bildungsarbeit des Verbandes.

**Maria Etl**  
**Andreas Luttmer-Bensmann**  
 KAB-Bundesvorstand

## „Gericht erteilt Ohrfeige für NRW-Landesregierung!“

„Die Weisung des Oberverwaltungsgerichts Münster ist eine deutliche Ohrfeige an die ausufernde De-regulierungspolitik der NRW-Landesregierung“, erklärte KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann. Die Münsteraner Richter haben die Landesregierung aufgefordert, den Spielraum für Sonntagsöffnungen enger zu begrenzen.

„Wir sehen uns einmal mehr bestätigt, dass das von Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart zu verantwortende Entfesselungsgesetz nicht zu mehr Rechtssicherheit führt, sondern die Kommunen verstärkt zu illegalen Entscheidungen ermuntert“, erklärt Winfried Gather, KAB-Vertreter im Bündnis „Allianz für den freien Sonntag“ in NRW. Gather hatte bereits in der Anhörung im Landtag vor einer Klage-welle gewarnt. „Wer eine klare Rechtssicherheit haben will, sollte den Sonntagsverkauf völlig unterbinden!“ Das NRW-Gesetz widersprach von Anfang an den Urteilen des Bundesver-

fassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts.

Grund für die Aufforderung des Oberverwaltungsgerichts ans NRW-Wirtschaftsministerium sind Versuche von Möbelmärkten, verkaufsoffene Sonntage durchzusetzen. In beiden Fällen wurde den Klagen stattgegeben und die verkaufsoffenen Sonntage gekippt. „Jede Gemeinde müsse im Einzelfall eine Ausnahme von der Arbeitsruhe am Sonn- und Feiertag prüfen und begründen“, so das Oberverwaltungsgericht. Wie schon vor der Gesetzesänderung müsse es einen Anlass für die Sonntagsöffnung geben, der im Vordergrund stehe. Der stand auch nicht im Vordergrund bei den Anträgen auf Sonntagsöffnungen im Advent in den Kölner Stadtteilen. Das Gericht hatte nach Klage von ver.di die geplanten Sonntagsöffnungen am zweiten Adventssonntag mit der Begründung untersagt, dass die lokalen Weihnachtsmärkte nicht ausreichen, um ein öffentliches Interesse zu rechtfertigen.



## EUROPA BRAUCHT DEN SONNTAG – Aktionstag 3. März

Der römische Kaiser Konstantin hat im Jahr 321 den Sonntag zum Feiertag erklärt. Anlässlich des Internationalen Tages des freien Sonntags am 3. März erinnert die Sonntags-Allianz daran, dass dem Sonntagsschutz laut Verfassung eine grundlegende Bedeutung für das Gemeinwohl zukommt. „Die Menschen haben ein Recht auf Ruhezeit, auch und gerade am Sonntag. Und dieses Recht darf nicht dem Gewinnstreben von Unternehmen geopfert werden“, betont Maria Etl, Bundesvorsitzende der KAB Deutschlands. Das sonntägliche Arbeitsverbot sollte auch auf europäischer Ebene eine Rolle spielen. Dies betonen EVP-Euro-

papolitiker wie Thomas Mann (CDU) oder Manfred Weber (CSU). „Ein arbeitsfreier Sonntag wäre eine gute europäische Errungenschaft“, so Manfred Weber, Spitzenkandidat der EVP für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten, gegenüber kab-online.

Da der 3. März dieses Jahr auf den Karnevalssonntag fällt, stellt die KAB eine Faschingspredigt von Diakon Erwin Helmer auf die Internetseite ([www.kab.de](http://www.kab.de)). Fürbitten und ein „Gebet für Humor“ von Thomas Morus sind weitere, zu nutzende Angebote.

**Alle Infos und Interview unter: [www.kab.de](http://www.kab.de)**



# Gehen Sie zur Wahl!

## KAB zur Europawahl

**M**it einer „klaren Absage an nationalistische, rechtspopulistische und antieuropäische Parteien“ hat der Bundesvorstand der KAB Deutschlands zur Teilnahme an den Europawahlen im kommenden Mai aufgerufen. Gleichzeitig „haben wir unsere Forderungen an die künftigen Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf das Thema ‚Zukunft der Arbeit‘ fokussiert“, so die KAB. Mit einem breiten Forderungskatalog an die Kandidierenden fürs zukünftige EU-Parlament sollen sich die EU-Politiker angesichts des digitalen und ökologischen Wandels in Wirtschaft,

Arbeitswelt und Gesellschaft für menschenwürdige und nachhaltige Arbeit sowie für mehr betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung einsetzen.

### Diözesen befragen EU-Kandidat/-innen

Die Wahl-Prüfsteine hatten die Delegierten des KAB-Bundesausschusses im November letzten Jahres verabschiedet und sich verpflichtet, in den Diözesen vor Ort die Kandidat/-innen für das EU-Parlament mit den KAB-Forderungen zu konfrontieren. „Dis-

kutieren Sie über unsere Forderungen – Gehen Sie zur Wahl!“, appellieren die Bundesvorsitzenden Maria Etl und Andreas Luttmer-Bensmann an Mitglieder und Interessierte.

Die Wahlen zum Europaparlament finden zwischen dem 23. und 26. Mai statt, in Deutschland wird am Sonntag, dem 26. Mai gewählt. Nach dem Brexit des Vereinigten Königreichs werden in das EU-Parlament 705 statt bisher 751 Abgeordnete gewählt. Deutschland wird mit 96 Europaabgeordneten fast 14 Prozent stellen. Nicht mehr dabei ist KAB-Mitglied Elmar Brok aus Bielefeld.

## DV FREIBURG

## Kurpfälzer Sozialtage



Dr. Ulrich Thielemann, Direktor der MeM – Denkfabrik für Wirtschaftsethik, forderte eine Renaissance der Idee einer sozialen Marktwirtschaft.  
Foto: Helmut Roos.

Mit einem traditionellen Besinnungstag gingen die 9. Kurpfälzer Sozialtage erfolgreich zu Ende. Den Abschluss machte Domkapitular Thorsten Weil aus Freiburg, der zum Thema der Sozialtage „Arbeit.Macht.Sinn. – vom Wert des Menschen in Gesellschaft und Arbeitswelt“ sprach. Insgesamt in elf hochkarätig besetzten Veranstaltungen wurde der Frage nach der Zukunft der digitalen Arbeitswelt nachgegangen. Arbeitszeit und private Zeit verschmelzen immer stärker und

die Arbeitszeitmodelle werden immer flexibler. Dies führe zu Konflikten, so KAB-Diözesansekretär Ulf Bergemann. Damit die Digitalisierung nicht das Privatleben zerstört und die Arbeitszeiten sich nicht weiter ausdehnen, benötigt es eine gestärkte Sozialpartnerschaft, mit der Regeln aufgestellt und eingehalten werden, so das Fazit. Dies unterstrich auch die rheinland-pfälzische Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthaler, die auch auf den Datenmissbrauch aufmerksam machte.

## DV SPEYER

## Wechsel an der Spitze

**ENKENBACH.** Kurt Freudenreich löste an der Spitze des KAB-Diözesanverbandes Bärbel Glas ab. Glas, die nach eigenen Worten „mit der KAB aufgewachsen, aber in der KAB gewachsen sei“, stellte sich nicht mehr zur Wahl. Auch Stellvertreter Alois Groß trat nicht mehr an. Für ihn wählten die Delegierten des Diözesantages den 27-jährigen Peter Wendling. Der ehemalige Polizist Kurt Freudenreich leitet auch den Ortsverband Enkenbach.



Bärbel Glas übergibt den Leitungsstab an Kurt Freudenreich.

## DV KÖLN

## Gather geht in Unruhestand



Annika Triller löst das KAB-Urgestein Winfried Gather im Diözesanverband Köln ab. Foto: KAB

Über Jahrzehnte hinweg hat Winfried Gather die Arbeit des KAB-Diözesanverbandes im Erzbistum Köln und im Bundesausschuss die Entwicklung der KAB Deutschlands mitgeprägt. Zum Jahreswechsel wechselt der 65-Jährige in die Altersteilzeit und macht somit den Weg frei für seine Nachfolgerin Annika Triller.

Als Sekretär des KAB-Diözesanverbandes förderte Gather die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen über die Verbandsgrenzen hinweg und nahm so Einfluss auf die Programmatik der KAB. Darüber hin-

aus standen Themen wie das Sozialticket für sozial und finanziell schwache Personen und Familien, die Seniorenarbeit im Verband und nicht zuletzt der Schutz des arbeitsfreien Sonntags im Fokus seiner Arbeit in den letzten Jahren. Gather war auch lange Zeit Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft und Sprecher der KAB im NRW-Bündnis „Allianz für den freien Sonntag“, wo er sich massiv gegen die Pläne der Landesregierung wehrte, die Sonntagsöffnungen zu verdoppeln und den Anlassbezug für eine Sonntagsöffnung aufzuweichen.



## DV ROTTENBURG-STUTTGART

## Kein Smile mit Amazon



Harte Arbeit bei Amazon. KAB kritisiert AmazonSmile Aktion.

Gegen eine Vereinnahmung des Versandhandel-Riesen Amazon wehrt sich die KAB. Der US-Konzern hat die KAB im Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart ohne dessen Wissen ins AmazonSmile-Programm aufgenommen. „Es grenzt ans Perfide, wenn Amazon einerseits Tarifverträge ablehnt und Betriebsräte behindert, und andererseits die KAB, die dies kritisiert, ohne zu fragen in eine Spendenliste aufnimmt“, betont Peter Niedergesäss, KAB-Diözesansekretär. Dies ist bereits der dritte Versuch des Konzerns, die KAB für ihre Imagepflege auszunutzen. Bereits vor über einem Jahr wurde die KAB im Bistum Augsburg und Aachen ohne Infos auf-

genommen. „Unter den bisherigen Arbeitsbedingungen bei Amazon können wir es mit den für uns wichtigen Grundsätzen der Soziallehre und der deutschen Mitbestimmungsrechte nicht vereinbaren. Bitte streichen Sie uns umgehend aus der Spendenliste“, fordert Peter Niedergesäss in einem Brief an Amazon. In der Antwort verweist AmazonSmile auf vorhandene Betriebsräte und sogenannte Mitarbeiterausschüsse und erklärt so die Ablehnung von Tarifverträgen. „So stellen wir sicher, dass die Interessen der Mitarbeiter berücksichtigt werden. Daher sehen wir für Kunden und Mitarbeiter keinen Vorteil in einem Tarifabschluss.“

## KAB MÜNSTER

Unmenschliche  
Leiharbeit  
einschränken

Mit einer Resolution für menschenwürdige Arbeit will die KAB im Bistum Münster gegen Leiharbeit und Werkverträge vorgehen. Mit dem Appell „Zurück zur Stammebelegschaft“ sollen Werkverträge und Leiharbeit begrenzt werden. Unterstützt wird der Appell mit den Forderungen nach gleichem Lohn bei gleicher Arbeit im selben Betrieb und einem Unfallschutz und einer Krankenversicherung für Arbeitnehmer in dem Land, in dem die Arbeit geleistet wird. Die Einhaltung dieser Forderungen muss nach Ansicht der KAB durch eine einheitliche Kontroll- und Prüfinstanz umgesetzt werden. Zudem sollen Kommunen und Land ortsnahe und kostenlose muttersprachliche Rechtsberatung für Arbeitsmigrant/-innen bis vor Gericht gewährleisten sowie „bezahlbar und menschenwürdige Wohnungen für Arbeitsmigrant/-innen und ihre Familien bereitstellen“. Migranten in Deutschland sind „einem zum Teil kriminellen Konstrukt von Leiharbeits- und Werkverträgen ausgesetzt“, so die KAB.

## DV FULDA

## Jahresauftakt: Plädoyer für Europa gegen Rassismus

Mit einem überzeugenden Plädoyer für Europa und einer deutlichen Absage an populistischen Extremismus begeisterte der Redakteur der Süddeutschen Zeitung und ehemalige Staatsanwalt Heribert Prantl die 200 Besucher der KAB-Jahresauftaktveranstaltung. Prantl erteilte eine Absage an den Missbrauch des Wortes „Heimat“. Heimat ist das, was Halt gebe und Halt gebe eine Politik gegen Extremismus, die Angst erzeugt. Und zur Heimat gehöre auch die Freiheit, sich bewegen



Heribert Prantl wirbt für Europa.

zu können. Mit der Bedrohung Europas durch nationalistische Bestrebungen und Abschottung ist unsere Heimat bedroht, so Prantl. Er rief die KAB wie alle Verantwortungsträger in NGO, Kirche, Politik und Wirtschaft auf, sich für den Sozialstaat und damit für alle Menschen, unabhängig ihrer Leistungsfähigkeit, zu engagieren. Insbesondere hob er die Förderung der Kinder, die Förderung der Menschen mit Behinderung und die Pflege und Sorge um die Alten hervor. **Michael Schmitt**

## Erfolg Sozialticket

**MAINZ.** Massiv hatte der Bezirkstag der KAB ein Sozialticket für Hartz-IV-Leistungsempfänger gefordert und an den Mainzer Stadtrat appelliert. Der KAB-Antrag wurde an die Mainzer Ratspolitiker/-innen weitergeleitet. Gut einen Monat später hat dann der Stadtrat beschlossen, das Monatsticket für den ÖPNV vergünstigt zur Verfügung zu stellen. Die KAB-Aktion war „womöglich der letzte Tropfen“, der noch fehlte, um die Politik zu überzeugen, freut sich KAB-Vorsitzender Ludwig Braun nach der Ratsentscheidung.

## Dialog mit Kohle

**AACHEN / HERZOGENRATH.** Wenn Arbeit auf Umwelt trifft und umgekehrt, dann kochen die Emotionen. Dies erleben derzeit die Menschen im Rheinischen Braunkohlerevier. Damals hatte Ruhrbischof Hengsbach den Strukturwandel im Ruhrgebiet mit Politik, Gewerkschaften und Sozialverbänden sozialverträglich mitgestaltet. Heute versucht die KAB Aachen zusammen mit dem Nell-Breuning-Haus, der Bildungs- und Begegnungsstätte der CAJ und KAB, in sogenannten „Kohlegesprächen“ die Fronten aufzulösen, in dem Raum für Sachargumente und Emotionen von beiden Seiten gegeben wird. Konsens in dem ersten Gespräch zwischen der Umwelt- und Heimataktivistin Antje Grothus und IGBCE-Vertreter Malte Lückert, dass die Hetze in den sozialen Medien gestoppt und der Dialog fortgeführt werden muss.

## Socken und Holunderlikör

**DÜLMEN.** 2100 Euro Erlös aus dem Verkauf von 233 Paaren Socken, 25 Liter Holunderlikör und anderen selbstgemachten Köstlichkeiten beim Dülmener Weihnachtsmarkt, konnte der KAB Stadtverband Dülmen nun an drei örtliche soziale Projekte und Organisationen verteilen. Beim Dankeschön-Treffen der KAB im Café „Kleine

Auszeit“ in Dülmen überreichten die Vertreter der KAB Viktor Becks, Wilhelm Tenberge und Heinz Wansing drei Schecks von jeweils 700 Euro an die Gruppe „Kreuzkrokodile“, den Verein „Wellcome“ und an die Schwangerenberatungsstelle „Donum Vitae“.

## Hungerstreik gegen Hungerlohn

**PADERBORN/HÖXTER.** Als KAB-Betriebsvorsitzender Konrad Nagel-Strotmann kurz vor Heiligabend 2017 eine Kopie seiner Spendenquittung an den Betriebsratsvorsitzenden Cornelius Renk übergab, hoffte er, dass der Arbeitsstreik der Belegschaft und der Hungerstreik des Betriebsratsvorsitzenden der Faethe-Labor GmbH Paderborn schnell zu einer Einigung über die geforderten Lohnerhöhungen und einen Tarifvertrag führt. Doch erst Anfang Januar 2019 hatte der 16-monatige Arbeitskampf, der von KAB-Bezirksverband Höxter-Paderborn, Kommunalpolitikern, Adveniat und zuletzt auch von NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann mit einer Landeschlichterin unterstützt wurde,

einen kleinen Erfolg. „Wir freuen uns über das Erreichte, können auf Dauer aber nicht zufrieden sein“, meinte Renk nach dem Schlichterspruch von Yvonne Sachtje. Es war die erste Lohnerhöhung nach 16 Jahren und liegt weiterhin weit unter dem NGG-Tarif. „Zur menschenwürdigen Arbeit gehöre ein angemessener Lohn“, betont Nagel-Strotmann.

## Über 1 000 Meter „Hilfsdecken“

**MEHLMEISEL / BAYREUTH.** Über ein Kilometer lang ist die Decke, die die Frauen in der KAB Mehlmeisel im Landkreis Bayreuth bereits gestrickt haben. 22 Decken kamen im letzten Jahr dazu. Insgesamt hat der Arbeitskreis der Frauen 1145 Decken für den Missionsverkauf gefertigt, dessen Erlös Hilfsprojekten zugutekommt. Mit dem Erlös der Handarbeiten beim letzten Erntedank wurde ein Kinderheim in Rumänien unterstützt. Der Verein im Fichtelgebirge unter der Leitung von Christine Pscherer ist sehr aktiv und organisiert jährlich bis zu dreißig Veranstaltungen.

## Chöre der Welt

**FRANKFURT.** Internationale und muttersprachliche Chöre aus Eritrea (siehe Bild), Italien, Spanien, Venezuela, Argentinien und Chile hatte die Arbeitnehmer-Kirche des KAB Bezirks Rhein-Main zu einem völkerverbindenden Konzert eingeladen. Das gut

besuchte Konzert im Kaiserdom wurde von KAB-Pfarrer Albert Seelbach mitorganisiert und konnte am Ende fast 800 Euro für ein Adveniat-Projekt in Kolumbien bereitstellen, mit dem Binnenflüchtlingen geholfen wird.



Foto: Rabbe



## CAJ im Netzwerk Grundeinkommen



Gute Stimmung beim CAJ-Leitungsrat in Duisburg. Foto: Vitali Friesen

Die Christliche Arbeiterjugend (CAJ) will ein Zeichen gegen aufkommende rechte Tendenzen setzen. Auf der jüngsten Sitzung des Leitungsrates in Duisburg stellte sich das 50-köpfige Gremium mit dem Antrag

„Wir widersetzen uns der extremen Rechten“ menschenunwürdigem Verhalten entgegen. Bei guter Stimmung stand außerdem eine Selbstvergewisserung zum Christlichen in der CAJ auf dem Plan. „Ebenfalls freuen wir

uns, dass mit dem Leitungsrat eine der letzten Etappen hin zum Kooperationsvertrag zwischen CAJ und KAB Deutschland genommen wurde“, so CAJ-Bundesvorsitzende Andrea Karl.

Mit den Bausteinen „Grundeinkommen“ und „Arbeitszeitverkürzung“ hält die CAJ daran fest, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen ein geeignetes Mittel zur Überwindung prekärer Arbeit und zur Reduzierung der Arbeitszeit ist. Die Arbeitsjugend ist nun auch Mitglied im Netzwerk Grundeinkommen. Darüber hinaus erhielten die Bundesaktionsgruppen „Bildungsgestalter“ (Bildung) und „Weltnah“ (Migration und Flucht) das Mandat, weiterhin die jeweiligen Aktionen voranzubringen. Alexander Franz-Prenger wurde zum Nachfolger von Rafael Kandziora, dem amtierenden Bundessekretär, gewählt. Er wird im August das Amt antreten.

## Freihandel: KAB zeigt Solidarität mit EU-Bauern

Die KAB Aachen hat sich am Bauernprotest gegen CETA und die Schiedsgerichte beteiligt. An der deutsch-belgischen Grenze hatten Bauern aus Luxemburg, Deutschland, Belgien, Frankreich, Spanien und den Niederlanden die Ausfahrt Lichtenbusch mit Traktoren blockiert, um gegen die zerstörerischen Auswirkungen auf die bäuerliche Landwirtschaft durch CETA aufmerksam zu machen. Auslöser war ein EU-Rechtsgutachten zu den Schiedsgerichten. „Wir erleben den Ausverkauf des ländlichen Raums“, beklagte Georg Jansen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), gegenüber kab-online (Interview siehe [www.kab.de](http://www.kab.de)). Die Bauern sehen in CETA die einseitige EU-Unterstützung der großen Agrarkonzerne auf Kosten der Landwirte und Bauern. „Diese Handelsabkommen führen dazu, dass landwirtschaftliche Erzeugnisse zu Billigpreisen

verramscht werden, dass wichtige Umwelt- und Arbeitsstandards abgesenkt werden und dass Konzerne noch mehr Macht erhalten“, warnte Bauernsprecher Janßen.

Aachens KAB-Diözesansekretär Andris Gulbins brachte nicht nur Solidaritätsgrüße aus der Partnerbewegung mit, sondern sieht im EU-Ab-

kommen große Probleme für die Kleinbauern in den afrikanischen Ländern. Auch im KAB-Partnerland Madagaskar treten Kleinbauern für das Konzept der Ernährungssouveränität und kollektive Rechte für Wasser, Weideland oder Fischgründe ein, erklärt Gulbins, der Mitglied im Arbeitskreis Madagaskar ist.



Die KAB solidarisiert sich mit Bauern aus sechs EU-Ländern, die mit Traktoren gegen die EU-Freihandelsabkommen CETA und CO demonstrieren.



## Kettelerpreis ehrt Solidarität

Mit dem diesjährigen Kettelerpreis will die KAB-Stiftung ZASS (Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung) Menschen, Projekte und Initiativen ehren, die sich mit ihrer Solidarität im Arbeitsleben einbringen. Der Preis, der am 30. November in Erfurt vergeben wird, ist mit 5 000 Euro dotiert.

„Lernen wir die Solidarität zu leben. Ohne die Solidarität ist unser Glaube tot!“, so Papst Franziskus. Zudem ist die Solidarität eines der Grundprinzipien der Katholischen Soziallehre.

Aufgerufen, sich zu bewerben, sind Personen und Initiativen. Bis zum 5. April 2019 können Bewerbungen mit Projektbeschreibungen und Materialien per E-Mail (info@stiftung-zass.de oder mechhild.hartmann-schaefers@kab.de) oder per Post an: Stiftung ZASS, Bernhard-Letterhaus-Str. 26, 50670 Köln geschickt werden.

## Groß-Gedenken als Auftrag

Der Münsteraner KAB-Bezirkspräses Karsten Weidisch kritisierte beim Gedenkgottesdienst für Nikolaus Groß im Xantener Dom rechtspopulistische Parteien wie die AfD, die mit schockierenden und lebensfeindlichen Äußerungen Zulauf in Europa haben. Auch der Kölner Ex-DGB-Chef Wolfgang Uellenberg-van Dawen betonte beim Gedenken an die KAB-Widerstandskämpfer: „Nicht jeder, der demokratisch gewählt wurde, ist ein Demokrat“. Im Essener Dom erinnerte Weihbischof Schepers mit einer Messe und in Monheim der CDU-Bundestagsabgeordnete Uwe Schummer mit einem Vortrag über die Würde des Menschen an Nikolaus Groß.



## KAB: Keine Ausweitung der Versicherungsfreiheit

Gegen die Ausweitung der Sozialversicherungsfreiheit haben sich die Delegierten des letzten Bundesausschusses der KAB ausgesprochen. Grund dafür ist ein Vorstoß der NRW-Landesregierung und der FDP-Bundestagsfraktion die Versicherungsfreigrenze anzuheben und zu dynamisieren. Minijobber, die für den Mindestlohn auf 450 Euro-Basis arbeiten, erhalten seit 1. Januar 9,19 Euro Brutto pro Stunde. Mussten Mindestlohn-Verdiener bis Dezember 2018 etwas über 50 Stunden im Monat arbeiten, um versicherungsfrei 450 Euro zu verdienen, so wird die Versicherungsfreigrenze seit dem 1. Januar schon nach 49 Stunden erreicht. Jede

Mindestlohnerhöhung sorgt so für weniger Arbeitszeit bei Mini-Jobbern. Verlierer sind die Niedriglöhner und die gesetzlichen Sozialversicherungen und damit alle Versicherten. „Das ursprünglich als Arbeitsmarktinitiative geplante Instrument der Sozialversicherungsfreiheit“, so die Delegierten des KAB-Bundesausschusses, „wird so mehr und mehr zum Standard der Sozialversicherung und schließt einen zunehmenden Teil der Arbeitnehmer aus der Sicherung aus“. Deshalb fordert die KAB Deutschlands den Bundestag und den Bundesrat auf, die Gesetzesinitiative abzulehnen und „langfristig eine Beendigung der Versicherungsfreiheit einzuleiten“.

## „Geht nicht, gibt's nicht!“

### Kampagne war Thema bei KAB-Vorstände-Tagung

Die KAB-Diözesanvorstände haben sich bei ihrer traditionellen Jahrestagung mit der Kampagnenarbeit im Verband auseinandergesetzt. Anlass war die im Februar startende Ausbildung für KAB-Campaigner. Die Hauptreferentin des Fortbildungsganges, Susanne Socher von „Mehr Demokratie e.V.“, führte die Diözesanverantwortlichen in die Kampagnenarbeit ein und gab Hinweise und Tipps für die Arbeit im Verband mit auf den Weg. Dabei blieb es nicht nur bei der Theorie, sondern konkrete Ideen für KAB-Kampagnen

wurden entwickelt. Für die sinnvolle Umsetzung von Kampagnen in der KAB wurden aber auch konkrete Vorschläge für die Umorganisation der diözesanen Arbeit festgestellt. „Wir müssen einiges entrümpeln, aber geht nicht, gibt's nicht!“ machte ein Teilnehmer dabei deutlich. Deutlich wurde auch, dass es dafür eines starken Bundesverbandes bedarf. Neben dem Hauptthema Kampagnenarbeit wurden viele aktuelle Fragen der verbandlichen Arbeit diskutiert und Erfahrungen aus den einzelnen Diözesanverbänden ausgetauscht.

# Digitalisierung – eine ökologische Zeitbombe?

„Die Digitalisierung verringert nicht unseren ökologischen Fußabdruck. Im Gegenteil, allein durch die Einführung des autonomen Fahrens würde der Energiebedarf durch das extreme Anwachsen der Datenströme außerordentlich zunehmen“, mahnte Sven Hilbig, Referent für Welthandel vom Entwicklungswerk „Brot für die Welt“ auf der Fachtagung „Digital global: Risiken

und Chancen von Arbeit in der Zukunft“, die die KAB und Weltnotwerk in Zusammenarbeit mit dem Könzgen-Haus in Haltern durchführte. „Die Batterie eines Elektroautos enthält 10.000-mal so viel Lithium wie ein Handy-Akku.“ Der damit steigende Bedarf an Rohstoffen aus Afrika und Südamerika sei ein gravierendes Problem für soziale und ökologische Nachhaltigkeit im globalen Süden.

„Der digitale Handel, wie hier mit Rohstoffen, droht außerdem den Spielraum für Entwicklungs- und Schwellenländer einzuschränken, die digitalen Lieferketten erhöhen vor allem die Wertschöpfung von global agierenden Konzernen und Plattformen“.

Besonders die Jugend sei weltweit gezwungen, mit den neuen Formen der Erwerbsarbeit und digitalen Arbeitswelt umzugehen, so die Erfahrungen auf einer internationalen CAJ-Konferenz in Indonesien. „Digitale Arbeit muss zwingend eine Arbeit sein, die einen rechtlich geklärten und gesicherten Arbeitnehmerstatus hat“, forderte Prenger, Präsidentin der internationalen CAJ. Sie mahnte eine gesellschaftliche Diskussion darüber an, wie im digitalen Kapitalismus die Arbeitsbedingungen, etwa über Mitbestimmungsrechte, mitgestaltet werden können.

## Digitaler Quantensprung in Afrika

Den digitalen Geldtransfer von Arbeitsmigranten nach Asien und Afrika thematisiert Dr. Pedro Morazan vom Südwind Institut. So erlebe Afrika derzeit einen evolutionären Quantensprung – von der Agrargesellschaft ins digitale Zeitalter. Da Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen und Banken fehlten, hat das Smartphone den Kontinent vernetzt und die Menschen verbunden. Mobile Money – viele Millionen Afrikaner nutzen ihr Handy wie ein Bankkonto. Sie laden Geld auf, überweisen es, heben es ab, begleichen Rechnungen – ein völlig neues Handy-basiertes Bankensystem, das Milliarden umsetzt (siehe Impuls 4/2018). Aus der Not der Unterentwicklung wurde ein technologischer Fortschritt. „Es ist ungemein wichtig, dass die Regierungen, Handelskammern und die digitale Community Regeln setzt, lokale Start-up-Szenen vor globalen Konzernen zu schützen“, so Morazan. Vernetzung und Digitalisierung darf nicht einseitig auf die Förderung einer wirtschafts- und wachstumspolitischen Agenda abzielen, sondern muss auf sozial-, umwelt- und ent-

wicklungspolitische Ziele ausgerichtet sein, so das Fazit der Teilnehmer/-innen. Eine nachhaltige Digitalisierung bedeutet eine sinnvolle und menschenwürdige Arbeit sowie soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Lebensstile.



Sven Hilbig

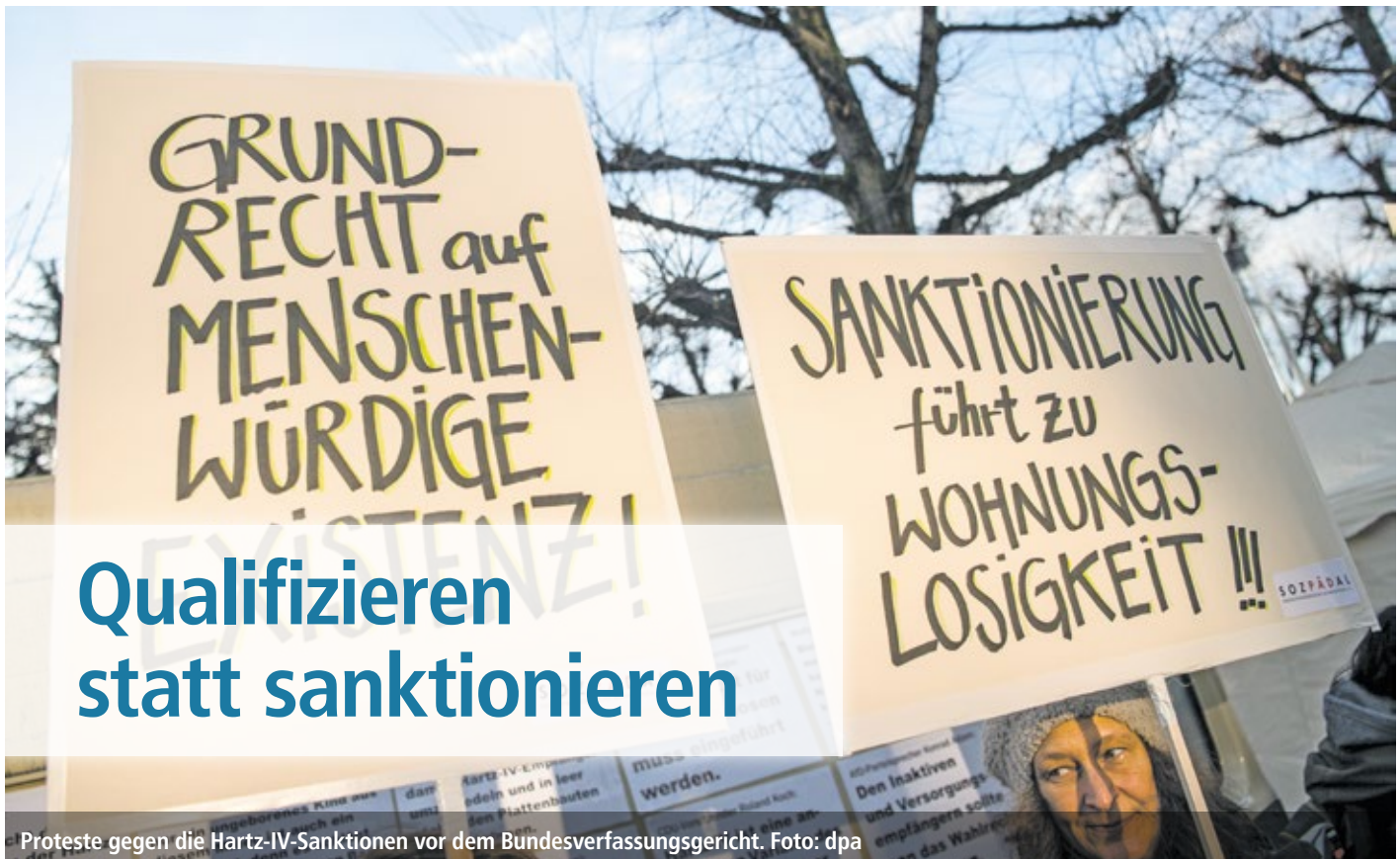


Sarah Prenger



Horst Erlenkötter





Proteste gegen die Hartz-IV-Sanktionen vor dem Bundesverfassungsgericht. Foto: dpa

## Qualifizieren statt sanktionieren

Im Jahr 2017 bezogen in Deutschland zwei Drittel der Arbeitslosen und ihren Familien ALG II, also Hartz IV – bei insgesamt doch erfreulich zurückgegangenen Arbeitslosenzahlen. Nur noch ein Drittel erhielt ALG I, also Leistungen aus der regulären Arbeitslosenversicherung. Hierauf verwies der Sozialwissenschaftler Prof. Gerhard Bäcker vom Institut für Arbeit und Qualifizierung der Universität Duisburg-Essen beim Debattencamp der SPD in Berlin.

Dass die Arbeitslosenversicherung bei der sozialen Absicherung von Arbeitslosigkeit nur noch eine nachrangige Rolle spiele, sei skandalös – ihre Reichweite und Schutzwirkung sei massiv verringert worden. Daher plädierte der Sozialexperte Bäcker für eine Umkehr und für eine erhebliche Stärkung dieser Versicherungsleistung. Deren angestrebte Schutzwirkung sei quantitativ auszuweiten: durch Verkürzungen von Anwartszeiten, Verlängerungen von Rahmenfristen und Bezugsdauern sowie ein Mindest-ALG I. Zudem sei eine qualitative Anpassung von Zielen, auch

des Arbeitslosengeldes II an die des Arbeitslosengeldes I geboten, da mit dem Ausfall der Arbeitslosenversicherung die Betroffenen den Anspruch auf die am vormaligen Einkommen bemessene Lohnersatzleistung ALG I sowie jeglichen Statusschutz verlieren.

Betroffene müssten sich bisher dem „strengen Sanktionsregime“ einer Grundsicherung unterwerfen, und durch die „erzwungene Aufnahme einer unterwertigen, nicht qualifikationsgerechten Beschäftigung“ drohe die reale Gefahr eines beruflichen und sozialen Abstiegs. Arbeitslosigkeit sei jedoch selten ein Problem individuellen Verhaltens, sondern meist eine Folge ökonomischer oder regionaler Verhältnisse und Fehlentwicklungen.

### ALG II unabhängige Kindergrundsicherung

Gefordert wurde auf dem Debattencamp eine weitgehende Abschaffung der bisherigen Sanktionspraxis beim ALG II. Wenn irgend möglich müsse vorrangig und überhaupt ein Absacken vor allem von bis dahin prekär

Beschäftigten in Hartz IV verhindert werden, so unter anderem ver.di-Vorstandsmitglied Gabriele Gröschl-Bahr. Präventiv sollte dies auch durch ein neues ALG Q geschehen, also durch eine möglichst betriebsnahe Qualifizierung aller Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten und deren zusätzliche Finanzierung, flankiert durch eine erhebliche Verstärkung kommunaler und regionaler Wirtschaftsförderung. Neue Möglichkeiten für Langzeitarbeitslose in reguläre Beschäftigung zu kommen, biete zudem der von der Bundesregierung und vom Bundestag neu beschlossene und einzuführende soziale Arbeitsmarkt.

Teilweise Unterstützung fanden die Vorschläge auf dem SPD-Debattencamp durch den langjährigen Caritas-Generalsekretär und Ökonomen Georg Cremer. In Zukunft müsse insbesondere eine Grundsicherung für Kinder unabhängig vom ALG II sichergestellt sein, meint Cremer.

**Norbert Fabian, KAB Duisburg**





# ERGO

Versichern heißt verstehen.

[www.ergo.de/vereine-und-verbaende](http://www.ergo.de/vereine-und-verbaende)

## Unabhängig und mobil bleiben – auch nach einem Unfall.

Als Mitglied des gemeinnützigen Sozialwerks der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen.

Die Volks-Unfallversicherung mit Notfallhilfe bietet weit mehr als finanzielle Sicherheit: einen umfangreichen Beratungsservice, praktische Hilfe und Pflegeleistungen sowie zahlreiche Fahrdienste.

Wenn Sie künftig unsere interessanten Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Informieren Sie uns hierzu einfach über [www.ergo.de/info](http://www.ergo.de/info) oder rufen Sie uns an unter: 0800 3746-925 (gebührenfrei).

Ja, ich möchte mehr über die Unfall-Vorsorge wissen:

Herr  Frau

Nachname  Vorname  Geburtsdatum

Straße  Haus-Nr.

PLZ  Ort

Telefon (für eine Terminvereinbarung innerhalb der nächsten Wochen)

KAB

**Bitte ausfüllen und einsenden an:**

ERGO Beratung und Vertrieb AG, ERGO Ausschließlichkeits-Organisation / 55plus,  
Überseering 45, 22297 Hamburg  
Tel 0800 3746-925 (gebührenfrei)

Wer  
Was  
Wann  
Wo



Andrea  
Hoffmeier

## Hoffmeier leitet Thomas-Morus-Akademie

**BERGISCH GLADBACH.** Neue Leiterin der Thomas-Morus-Akademie ist die stellvertretende KAB-Diözesanvorsitzende im Erzbistum Köln, Andrea Hoffmeier. Die Einrichtung der katholischen Erwachsenenbildung wird vom Kölner Diözesanrat getragen. Deren Vorsitzender und ehemaliger KAB-Diözesanvorsitzender

Tim O. Kurzbach sieht in der Wahl der Diplom-Pädagogin und ehemaligen Bundesgeschäftsführerin der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschlands (KEB) eine „adäquate Nachbesetzung“ von Wolfgang Isenberger, der die Akademie 37 Jahre leitete.



Josef  
Glatt-Eipert

## KAB-Rechtsexperte ans Bundesarbeitsgericht

**EICHSTÄTT/ERFURT.** Josef Glatt-Eipert ist seit Jahresbeginn ehrenamtlicher Richter am Bundesarbeitsgericht in Erfurt. Der 58-jährige Diplom-Sozialpädagoge ist bereits seit 2005 beizitzender Richter am Kirchlichen Arbeitsgericht in Bayern und seit 2013 Mitglied in der bayerischen Regional-KODA, die das Arbeitsvertrags-

recht für die sieben bayerischen Diözesen gestaltet. Im Diözesanverband ist er zuständig für den Fachbereich Arbeits- und Sozialrecht und vertritt die Arbeitnehmer/-innen der KAB. Er folgt damit Rudi Großmann, der viele Jahre für die KAB am höchsten deutschen Arbeitsgericht ehrenamtlich tätig war.



Winfried  
Fockenberg

## Fockenberg verlässt Vertreterversammlung

**BOTTROP.** Winfried Fockenberg verlässt die Spitze der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Rheinland. Der Jurist war Bundestagsabgeordneter und langjähriger KAB-Diözesansekretär im Bistum Essen sowie Mitglied des KAB-Bundesausschusses. Den Vorsitz in der Vertreterversammlung hatte er seit 2011 inne. Er wird von Dr. Hermann Wohl-

leben abgelöst. Fockenberg, der über 23 Jahre seiner Heimatstadt Bottrop als Ratsmitglied und eine zeitlang als Bürgermeister diente, ist seit 2005 auch Mitglied in der Vertreterversammlung als Vertreter der Versicherten.

Darüber hinaus ist das KAB-Urgestein auch Mitglied der Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund.

## § RECHT

## Flexirente für pflegende Angehörige

**S**eit der Einführung der sogenannten Flexirente können auch pflegende Angehörige, die schon in Rente sind, ihre Rente erhöhen. Seit Juli 2017 kann die Rentnerin/der Rentner auf einen Teil der Rente verzichten; beispielsweise auf ein Prozent. Im Gegenzug zahlt die Pflegekasse (ab Pflegegrad 2) Beiträge in die Rentenversicherung ein. Die kleine Einbuße wird dann bei der nächsten Anpassung zu einer höheren Rente führen. Der Wechsel erfolgt nicht automatisch, sondern muss bei der Rentenversicherung und bei der Pflegekasse beantragt werden.



Benedikt  
Kemper

**Auskunft erteilt der  
KAB-Rechtssekretär**

**Benedikt Kemper,**

Tel. 02 81/1 64 10-14,

E-Mail: benedikt.kemper@

kab-muenster.de oder die

Deutsche Rentenversicherung

[www.deutsche-rentenversicherung.de](http://www.deutsche-rentenversicherung.de)



## BUCHTIPPS

### Glück gehabt!

**D**en Ausspruch macht jede(r) häufig in seinem Leben. Mag er nach einem verhinderten Sturz mit dem Roller im Kindesalter, mag er nach der Zusage für eine Lehrstelle oder einfach am Ende eines erfüllten Lebens mit einem geliebten Menschen sein. Glück gehabt! Der Schriftsteller Arnold Stadler und der Theologe Dr. Michael Albus gehen im Gespräch den Fragen nach: Was ist Glück? Was ist der Mensch? Was ist Heimat? Wer ist Gott? Als Leser/-in begleitet man die Autoren und beginnt, selbst Fragen nach dem eigenen Glück zu stellen. Rennt man in der Jugend dem Glück noch nach, so findet man es im Alter in der Erinnerung. Ein leichtes lesbares Buch.



**Was ist Glück? – Nachher weiß man es, Arnold Stadler, im Gespräch mit Michael Albus, Patmos-Verlag 2018, 19,00 Euro**

### Gute Argumentationshilfe

**W**ie geht die Prekarisierung der Arbeit mit dem Wandel der Arbeitswelt einher. Stefan Dietl gibt in dem kleinen Band aus dem Münsteraner Unrast-Verlag Einblicke und eine gute Übersicht über Widerstände in der Arbeitswelt. Dabei spielt zukünftig das sich Organisieren der Tagelöhner, der Clickworker sowie der Zeit- und Wanderarbeiter eine wichtige Rolle, um Niedriglöhne und Ausbeutung zu verhindern; ob durch die Betroffenen selbst oder durch Gewerkschaften.



**Prekäre Arbeitswelten – Von digitalen Tagelöhnern bis zur Generation Praktikum, Stefan Dietl, Unrast-Verlag Münster, 2018, 7,80 Euro**

## LESERBRIEFE

### Mehrheit für Anliegen der Beschäftigten

**Zu „Schluss mit spätem Ladenschluss“, in Impuls 5/2018**

Die Ladenöffnungszeiten im Main-Taunus-Zentrum (MTZ) sollen nicht ausgeweitet werden. Die aktuelle Situation stellt sich so dar, dass an den Tagen Donnerstag bis Samstag die Geschäfte bereits bis 22 Uhr offen sind. Nach Recherchen von ver.di ist eine solche Situation in Deutschland einmalig und zudem ist der erzielte Umsatz in diesen Abendstunden gering. Die Beschäftigten wehrten sich deshalb in ihrer Protestaktion im MTZ gegen die schon bestehenden langen Öffnungszeiten an den genannten Tagen. Das Anliegen der Beschäftigten ist gerechtfertigt und zu begrüßen, da zum Einkaufen bis 20 Uhr genügend Zeit ist.

*Rainer Kowalkowski, Frankfurt*

### Diabolische Allianz

**Zu: „KAB steigt aufs Rad ...“, in Impuls 5/2018**

Herzlichen Dank für die IMPULS-Zeitung, der Bewegung für soziale Gerechtigkeit. Wie ich gelesen habe, steht die KAB seit 100 Jahren zu der von Gott gewollten Menschenwürde und Gerechtigkeit. So ist die KAB Deutschlands ein Segen für Familie – Gesellschaft – Staat, und gerade in der heuti-

gen „Arbeitswelt des Ausgeliefertseins der DIGITALISIERUNG“ kritisch am Puls der Zeit zum Arbeitnehmer in seiner Würde als Gottes Geschöpf zur Seite stehen! Betriebe gestalten bereits die Digitalisierung menschenwürdig. „Die Digitalisierung der Wirtschaft ist nicht mehr aufzuhalten“ zeigt eine Ohnmacht, der alle leider schon „unbewusst“ unterliegen. Aus dieser Umklammerung lässt sie keinen mehr heraus! Die Menschenwürde nach Gottes Plan ist schon „schleichend“ unterlaufen durch Täuschung und trügerische Absichten und zwar hin zu einer absolutistischen Überwachung und Unfreiheit des Einzelnen! Alles unter der Dominanz von Internet & Co. Welch eine diabolische Allianz!

*Adelheid Schmidt, Voerde*

### Über Schalke 04 schwafeln

**Zu: „Werkvertragsarbeiter erfüllen Produktion“, in Impuls 6/2018**

Wir können nicht verstehen und auch nicht akzeptieren, dass dieses Interview so geführt und veröffentlicht wurde, zumindest hätte es eines eindeutigen Kommentars gebraucht. Herr Tönnies ist bundesweit bekannt dafür, dass sein Geschäftsmodell zu einem großen Teil auf der unmenschlichen Ausbeutung von Werkvertragsarbeitern, vor

allem aus Südost-Europa, beruht. Dies ist von der KAB, besonders im Raum Oldenburg, mehrfach benannt und angeklagt worden. Darüber wurde in der „Impuls“ auch mehrfach berichtet. Es hätte zumindest eines Hinweises auf diese Berichterstattung bedurft. Stattdessen lesen wir, dass der Unternehmer Tönnies mit dieser Fragestellung scheinbar überhaupt kein Problem hat. Wir erwarten von einer Zeitschrift der KAB da deutlich mehr Positionierung und Schärfe, und nicht, dass Herr Tönnies statt einer Auseinandersetzung mit diesem Problem über sein Engagement bei Schalke 04 schwafeln kann.

*Hermann Hölscheidt  
(für den Diözesanvorstand der KAB Münster)*

### **Kraftwerkschließung bedeutet Arbeitsplatzverluste zu „Die schmutzigen Kraftwerke sofort abschalten“ in Impuls 6/2018**

Eine Unterscheidung in schmutzige und schmutzigste ist unrealistisch. Ebenso gibt es keine Versorgungssicherheit mit Elektrizität des Landes ohne Braunkohleverstromung zum heutigen Zeitpunkt. Eine solche Meinung unkommentiert stehenzulassen und damit zu tolerieren, ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die wie ich persönlich seit Jahrzehnten in diesem Industriezweig Arbeit und Lohn haben und für die Generation meines Sohnes, der weiterhin in der Lausitz einer gut bezahlten Arbeit nachgehen möchte. Braunkohle-

kraftwerke und die dazugehörigen Kraftwerke sofort zu schließen bedeutet sofort tausende direkte und indirekte Arbeitsplätze zu vernichten. Dies kann doch nicht das Ziel einer katholischen Arbeitnehmerbewegung sein! Als ehemaliges Mitglied im KAB-Bundesausschuss würde ich mir wünschen, dass sich unsere Bewegung wieder mehr den Arbeitnehmerinteressen im Osten und Westen des Landes zuwendet.

*Hartmut Jandow DV Görlitz*

### **Billigfliegen ist unverantwortlich Zu Werbungsbeilage im Impuls 5/2018**

In der Ausgabe 5/2018 war auf der letzten Seite ein Artikel über den Nahrungskiller CO<sub>2</sub> zu lesen. Ich finde es sehr wichtig, dass immer wieder darauf hingewiesen wird, was unser Lebensstil für verheerende Folgen hat auf Nahrung, Luft und Klimawandel. Ganz und gar nicht verstehen kann ich daher, dass in derselben Zeitung eine Beilage mit Werbung für billige Flugreisen eingelegt war. Mittlerweile weiß doch jeder, dass Flugzeuge das umweltschädlichste Verkehrsmittel sind. Ich war immer der Meinung, dass die KAB darauf bedacht ist, die Umwelt zu schonen, Menschen zu unterstützen, gute Lebensbedingungen zu fördern etc. Wenn schon Werbung sein muss, bitte ich Sie, nur solche zu akzeptieren, die mit den Wertvorstellungen der KAB vereinbar sind. Für billige Flugreisen zu werben ist in der heutigen Zeit verantwortungslos.

*Hedwig Bauer*

## IMPRESSUM



113. Jahrgang,  
Hrsg.  
KAB Deutschlands

**Redaktion und Vertrieb**  
Matthias Rabbe (verantw.),  
Iris Koglin  
(Redaktionsassistentin)  
Tel. (02 21) 77 22-1 31  
Fax (02 21) 77 22-1 35  
Bernhard-Letterhaus-Str. 26  
50670 Köln  
kab-impuls@ketteler-verlag.de

**Ketteler-Verlag GmbH**  
Geschäftsführer: Alois Nock  
Amtsgericht Köln, HRB 34678  
Bernhard-Letterhaus-Straße 26  
50670 Köln

**Gesamtherstellung**  
Heider Druck GmbH  
Bergisch Gladbach  
Nicht extra ausgewiesene  
Fotos sind von Fotolia.com

**Anzeigen und Beilagen**  
Joh. Heider Verlag GmbH  
Susanne Krausewitz  
E-Mail:  
krausewitz@heider-medien.de

Bezug im Mitgliedsbeitrag  
enthalten.  
Auflage: 80.000

Für Termine keine Haftung.  
Der nächste KAB-Impuls  
erscheint am:  
**27. Mai 2019**  
Anzeigenschluss:  
**23. April 2019**

ISSN 1434-4386  
[www.ketteler-verlag.de](http://www.ketteler-verlag.de)



## ZUM SCHLUSS

### **NÄCHSTE Ausgabe: Leben und Arbeiten in der Stadt**

[www.kab.de/service/kab-impuls](http://www.kab.de/service/kab-impuls)

**Immer schnell  
und umfassend  
informiert!**

[www.kab.de](http://www.kab.de)





# KAB-Rätselspaß

## Rätseln und gewinnen!

Schicken Sie das richtige Lösungswort mit Ihrer Adresse an die

Redaktion IMPULS  
Bernhard-Letterhaus-Straße 26  
50670 Köln

oder  
kab-impuls@ketteler-verlag.de

und gewinnen Sie eine von drei KAB-Kerzen.



## Sudoku

Schwierigkeitsstufe: schwer

			7				3	
	5			1		2		
8		6		9		4		
2			6					5
	9	3				1		
	4				8			
5		2						
	1			5	4		7	6
	3	7					9	

## Kreuzworträtsel

Suchen Sie das Lösungswort!

rosaroter Vogel	bayerisch: Grasland	Pflanzenform	Paradiesgarten	Fluss durch Düren	Brettspiel mit sternförmigem Feld	US-Eliteuniversität	deutsch-polinische Insel	Metallstift	Endpunkt der Erdachse	orientalischer Männername	Ruf beim Stierkampf	Schrotgewehr
Widerstandskämpfer der KAB							Ex-KAB-Bundesvorsitzender †					
alter türkischer Titel		eine Zweifelt bildend	5			Verbanort		8	Universum			3
flau		Laubbaum				Hauptstadt von Vietnam	Nebenfluss der Mosel	Hausplan	italienisch: sechs			
ausgebrannter Erde				Wattebausch z. Schminken		Gästepflegerin					röm. Kaiser, führte den Sonntag ein	
	9	folglich, also	Kanalstaat in Mittelamerika			6		Papst-Enzyklika (zwei Wörter)	Teil des Dramas			
falsche Zeitungsmeldung	schmerzhaft	biblische Urmutter		Liebesbund	Staat in Südostasien	im Stil von			norddeutsch: nein			
			Anhänger der Volksherrschaft				7		die Waffen strecken	seltener, gesucht		verstorben
Bauwerk in London	EU-Bischöfenskonferenzen (Abk.)	eingefräste Rille	Kurzform von Eduard	gefährlicher Raubfisch		Frauenname	Blasinstrument	zunächst			1	
						musikalisch: gemäßigt						
arroganter Mensch	Fluss durch München	Druckbuchstabe	undichte Stelle im Schiff	jordanische Hafenstadt				scharfe Kante				
Durchschnitt	4			deutsche Zugkategorie		Wildschweingruppe		12		Großmutter	lateinisch: ich	
sächliches Fürwort		Kreiszahl	beliebtes Dessert	11		Wortteil: Erde			Überbringer			
KAB-Rentenmodell							2	dickflüssig				
Stadt und See in Nordamerika			olivgrüner Papagei			Wortteil: drei			Wortteil: Milliardstel		10	

RM214116 1901

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----



## Gebet für Europa

Vater der Menschheit,  
Herr der Geschichte.  
Sieh auf diesen Kontinent,  
dem du die Philosophen, die Gesetzgeber und die Weisen gesandt hast,  
Vorläufer des Glaubens an deinen Sohn,  
der gestorben und wieder auferstanden ist.  
Sieh auf diese Völker, denen das Evangelium verkündet wurde,  
durch Petrus und durch Paulus,  
durch die Propheten, durch die Mönche und die Heiligen.  
Sieh auf diese Regionen,  
getränkt mit dem Blut der Märtyrer,  
berührt durch die Stimme der Reformatoren.  
Sieh auf diese Völker, durch vielerlei Bande miteinander verbunden,  
und getrennt durch den Hass und den Krieg.  
Gib uns, dass wir uns einsetzen  
für ein Europa des Geistes,  
das nicht nur auf wirtschaftlichen Verträgen gegründet ist,  
sondern auch auf menschlichen und ewigen Werten:  
Ein Europa, fähig zur Versöhnung,  
zwischen den Völkern und Kirchen,  
bereit, um den Fremden aufzunehmen,  
respektvoll gegenüber jedweder Würde.

*Carlo Maria Kardinal Martini SJ (1927 – 2012)*